



V 6458 EX

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

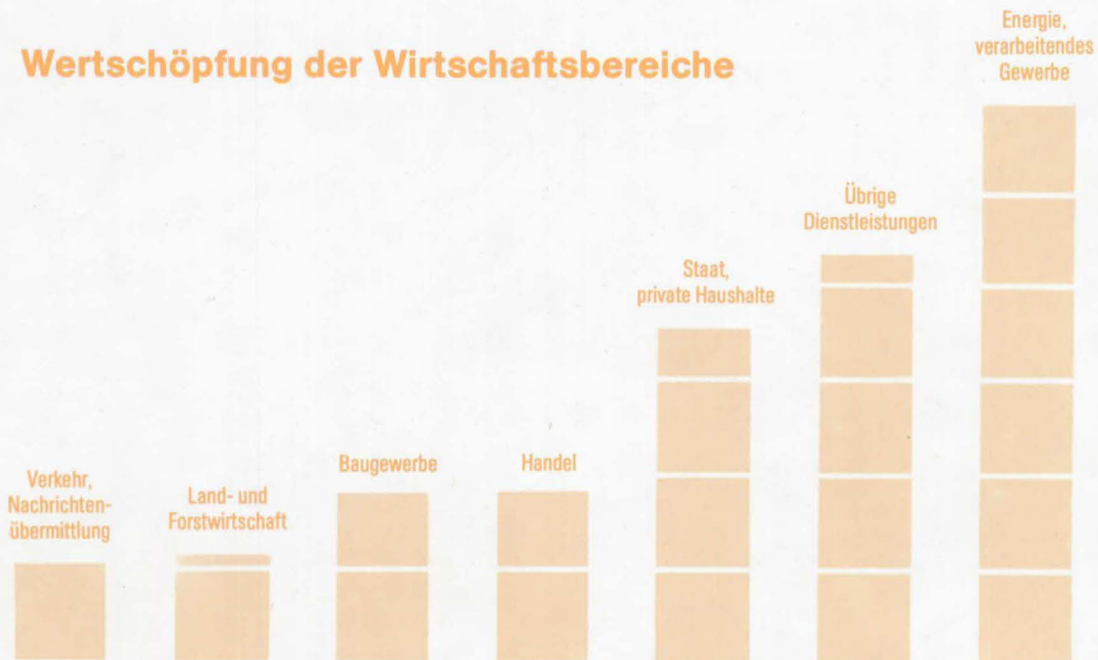
33. Jahrgang · Heft 11/12

November/Dezember 1981

Grafik des Monats: Agrarstruktur 1979
 Aufsätze: Bruttoinlandsprodukt 1970 und 1980
 Bauhauptgewerbe 1950 bis 1981
 Getreide- und Rapsertträge
 Beilage: Erweiterte Kreiszahlen

Statistisches Amt für Hamburg
 und Schleswig-Holstein
 Bibliothek
 Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		September 1981		Januar bis September 1981	
		absolut	Veränderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres in %	Monatsdurchschnitt	Veränderung gegenüber gleichem Zeitraum des Vorjahres in %
Verarbeitendes Gewerbe¹					
Beschäftigte	1 000	181	- 2,4	180	- 1,7
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	19	- 3,7	18	- 4,9
Löhne und Gehälter	Mill. DM	486	+ 2,3	483	+ 3,1
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 989	+ 10,1	2 741	+ 8,9
Auftragseingang in ausgewählten Wirtschaftszweigen	Mill. DM	1 458	+ 8,0	1 403	+ 5,9
darunter Ausland	Mill. DM	419	+ 27,6	431	+ 18,9
Energieverbrauch	1 000 t SKE	194	+ 13,3	223	- 4,8
Bauhauptgewerbe²					
		August 1981		Januar bis August 1981	
Beschäftigte	1 000	55	- 7,8	55	- 5,1
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	7	- 0,1	6	- 10,2
Löhne und Gehälter	Mill. DM	146	+ 2,8	128	- 2,4
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	447	+ 18,5	359	+ 6,6
Auftragseingang ³	Mill. DM	213	- 4,6	269	+ 4,2
Baugenehmigungen⁴					
		September 1981		Januar bis September 1981	
Wohnbau	Wohnungen	1 219	- 17,0	1 358	- 11,1
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	614	- 4,8	552	- 21,8
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	58 885	+ 70,8	56 454	+ 50,6
Ausfuhr					
		August 1981		Januar bis August 1981	
Ausfuhr	Mill. DM	639	+ 44,4	711	+ 35,9
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	572	+ 39,0	648	+ 26,7
Kredite⁵					
		September 1981		Januar bis September 1981	
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	8 616	+ 5,5	8 766	+ 8,6
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	34 343	+ 9,9	33 572	+ 10,7

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 (ab Januar 1979)

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude 5) an inländische Unternehmen und Private 6) einschließlich durchlaufender Kredite

Anmerkung: Zum Einzelhandel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr können wegen Umstellung des Berichtskreises erst später wieder Ergebnisse gebracht werden

INHALT 11/12 – 81

	Seite
Aktuelle Auslese	185
Aufsätze	
Bruttoinlandsprodukt 1970 und 1980	186
Das Bauhauptgewerbe in Schleswig-Holstein	190
Getreide- und Rapsenerträge 1981	202
Grafik des Monats	194
	Beilage
Tabellenteil mit erweiterten Kreiszahlen	
Wirtschaftskurven A (allgemein) .	3. Umschlagseite

Neu erschienen:

Statistisches Taschenbuch Schleswig-Holstein 1981

102 Seiten, Preis 2,50 DM

Inhalt dieses Jahrgangs siehe 2. Halbseite!

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Monaten

Heft 1/1981

Urlaubsreisen
Handwerksstatistik ab 1977
Geflügelhaltung

Heft 2/1981

Bundestagswahl 1980 (Teil 2)
Gemeinden und Ämter
Arbeitsmarkt seit 1975 (Teil 2)

Heft 3/1981

Schleswig-Holstein im Jahre 1980 (Teil 1)

Heft 4/1981

Schleswig-Holstein im Jahre 1980 (Teil 2)
Bruttoinlandsprodukt in den Kreisen 1978
Wohnungsstichprobe 1978
Studenten im Wintersemester 1980/81

Heft 5/1981

Bodennutzung

Heft 6/7 – 1981

Handel und Gastgewerbe 1979
Erkrankungen an Gelbsucht
Arbeitskosten der Unternehmen

Heft 8/1981

Statistisches Landesamt im neuen
Dienstgebäude
Auftragslage im verarbeitenden Gewerbe
Studiendauer
Körpergröße und -gewicht

Heft 9/1981

Anbau Ackerland 1981
Getreideernte 1981
Ausfuhr
Insolvenzen

Heft 10/1981

Ehescheidungen
Bienenhaltung
Nahrungsmittelausgaben
Studenten

Heft 11/12 – 1981

Bruttoinlandsprodukt 1970 und 1980
Bauhauptgewerbe 1950 bis 1981
Getreide- und Rapsrerträge



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

33. Jahrgang · Heft 11/12

November/Dezember 1981

Aktuelle Auslese



Betriebsgrößen in der Landwirtschaft 1981

Die Strukturentwicklung in der Landwirtschaft — mehr größere und weniger kleine Betriebe — hielt auch von 1980 bis 1981 an. Insgesamt wurden 1981 in Schleswig-Holstein 32 600 landwirtschaftliche Betriebe (einschließlich Gartenbaubetriebe) mit 1 und mehr ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) festgestellt. Während die Zahl der Betriebe bis 15 ha LF sich per Saldo kaum noch veränderte und auch in den Größenklassen zwischen 40—75 ha LF die Betriebszahlen annähernd dem Vorjahr entsprachen, gab es — wie in den Vorjahren — erhebliche Abnahmen in den Größenklassen zwischen 15 und 40 ha LF (— 5 %) sowie eine gegenüber 1980 um gut 4 % höhere Zahl an Betrieben mit 75 und mehr ha LF. 1981 wurden bereits 27 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche von Betrieben mit 75 und mehr ha LF bewirtschaftet, von Betrieben unter 10 ha LF nur noch 3 %.



Umschichtung in der Binnenschifffahrt

Das Verkehrsvolumen in der Binnenschifffahrt ist in den ersten drei Quartalen 1981 um 4,8 % niedriger gewesen als in der gleichen Periode des Jahres 1980. In absoluten Zahlen handelt es sich um 3,6 Millionen t Güter, 182 000 t weniger als im Vorjahr. Allein 54 % davon sind Mineralölzeugnisse (eine von 10 Güterabteilungen), das sind überwiegend Kraftstoffe und Heizöl. Deren Transport ist im 1. — 3. Vj. 1981 zwar relativ nur um 7,8 %, absolut aber um 163 000 t zurückgegangen; er bestimmt damit wesentlich die Gesamtentwicklung. Die übrigen neun Güterabteilungen erreichen nur Anteile von 18 %, 12 %, 6 % und weniger an der insgesamt in der Binnenschifffahrt beförderten

Gütermenge. Diese sank auch bei Steinen und Erden um 107 000 t oder 14,3 % sowie bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen (— 22 %) und anderen Nahrungsmitteln (— 5,2 %), absolut beide zusammen um 80 000 t. Zunahmen gab es dagegen bei Steinkohle und Koks um 87 000 t oder 108 %, bei Düngemitteln um 39 000 t oder 64 % und bei den übrigen vier Güterabteilungen um absolut kleinere Mengen (zusammen 42 000 t).



Betten und Personal in den Krankenhäusern

Die Zahl der Betten in den Krankenhäusern hat sich von Ende 1979 bis Ende 1980 leicht erhöht, und zwar um 380 oder 1,4 % auf nunmehr 27 740. Knapp die Hälfte von ihnen dient der Versorgung von Nicht-Akutkranken, also psychiatrischen und neurologischen Fällen, Tuberkulösen, Suchtkranken, Rehabilitanden, Kurpatienten, Versehrten, Rheumatikern und anderen chronisch Kranken. In diesen 12 813 Betten (\cong 46 %) wurden 1980 nur 73 000 Patienten versorgt, in den 14 927 übrigen Betten jedoch 358 000 Akutkranke (einschließlich Gebärender). Der Aufwand an Pflegetagen unterschied sich in beiden Kategorien viel weniger, nämlich 4,15 Millionen für Nicht-Akutkranke und 4,46 Millionen für Akutkranke. Die 8,6 Millionen „Übernachtungen“ in Krankenhäusern liegen übrigens in derselben Größenordnung wie die etwa 11 Millionen Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben.

Um die Versorgung der Patienten kümmerten sich am 31. 12. 1980 in den Krankenhäusern 2 792 Ärzte, darunter 156 Ausländer, 6 853 Krankenschwestern und -pfleger, 2 332 Krankenpflegehelfer und 1 789 Pflegekräfte ohne staatliche Prüfung. Diese 10 974 Pflegekräfte wurden ergänzt durch 2 551 Lernende der genannten Ausbildungen.

Bruttoinlandsprodukt 1970 und 1980

In den folgenden Ausführungen über das Bruttoinlandsprodukt und die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche werden durch die Gegenüberstellung der Jahreswerte 1970 und 1980 die wirtschaftliche Entwicklung und die Veränderung der Wirtschaftsstruktur in dieser Dekade dargestellt. Auf detaillierte Hinweise über die Veränderungen von Jahr zu Jahr und damit auf die konjunkturellen Auf- und Abschwünge innerhalb dieses Zeitraums muß zur Zeit leider verzichtet werden, weil vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder noch keine geschlossene Reihe von Jahreswerten für die Zeit zwischen 1970 und 1980 vorgelegt werden kann. Zum heutigen Zeitpunkt gibt es vergleichbare veröffentlichte Werte für die Jahre 1970 bis 1976 und 1977 bis 1980. Zwischen diesen beiden Zeitreihen besteht ein Bruch, der insbesondere auf die Einführung der neuen Systematik im produzierenden Gewerbe, die Sypro, und die Berücksichtigung der Ergebnisse aus der Handwerkszählung 1977 zurückzuführen ist. Trotzdem kann das aktuelle Ergebnis des Jahres 1980 mit dem des Jahres 1970 verglichen werden, weil 1970 ein sogenanntes Basisjahr für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist, in dem insbesondere auf die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1970, die Handels- und Gaststättenzählung 1968 und den Zensus im produzierenden Gewerbe 1967 zurückgegriffen und deshalb eine gut fundierte Berechnung durchgeführt werden konnte. Das Ergebnis dieses Jahres 1970, das für viele Wirtschaftszweige die Fortschreibungsbasis bildet, wird auch nach der jetzt geplanten sogenannten Länderrevision, nach der bis Mitte 1982 eine vergleichbare Reihe für den gesamten Zeitraum von 1970 bis 1980 vorgelegt werden soll, seinen Bestand haben.

Das Bruttoinlandsprodukt hat sich in Schleswig-Holstein seit 1970 innerhalb von zehn Jahren von 23,0 Mrd. DM um 130 % auf einen Wert von 53,0 Mrd. DM erhöht. Demgegenüber steht eine Zuwachsrate von 119 % im gesamten Bundesgebiet. Das bedeutet, daß die wirtschaftliche Entwicklung in dieser Dekade in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich gut verlief. Gemessen an der durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate beträgt der Unterschied zwischen Schleswig-Holstein und dem Bundesgebiet 0,5 Punkte, denn in Schleswig-Holstein betrug der Zuwachs durchschnittlich jährlich 8,7 % und im Bundesgebiet 8,2 %. Im Vergleich mit den anderen Bundesländern liegt Schleswig-Holstein damit zusammen mit dem Saarland und Bayern an der Spitze, die Differenzen zu vier

anderen Bundesländern sind allerdings sehr gering. Die Spanne der durchschnittlichen jährlichen Veränderungsraten über den betrachteten Zeitraum von zehn Jahren reicht beim Ländervergleich immerhin von 7,2 % bis 8,7 %.

Hierbei handelt es sich allerdings um nominale Entwicklungen, was bedeutet, daß die Preissteigerungen in den Zuwachsraten enthalten sind. Die Entwicklung einer Volkswirtschaft wird aber durch die realen Zuwachsraten wesentlich aussagefähiger dargestellt, denn sie geben Auskunft darüber, was in diesem Zeitraum durchschnittlich jährlich zusätzlich an Gütern und Dienstleistungen erwirtschaftet worden ist. In der realen Betrachtungsweise ist zur Zeit noch 1970 das Basisjahr, d. h. die in den Folgejahren erstellten Mengen von Gütern und Dienstleistungen müßten mit den Preisen von 1970 bewertet werden. Da aber für diese rein mengenmäßige Berechnung die statistischen Daten fehlen, bedient man sich einer Hilfslösung und bereinigt die nominalen Werte um die Preissteigerungen. Im Jahre 1970 sind das reale und nominale Bruttoinlandsprodukt gleich, und ab 1971 ist das reale Bruttoinlandsprodukt um die Preissteigerungen seit 1970 niedriger als das nominale Bruttoinlandsprodukt.

Wie groß die Preiskomponente ist, kann man daran erkennen, daß das Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins in der Zeit von 1970 bis 1980 nominal um 130 % gestiegen ist, während real ein Wachstum von 37 % zu verzeichnen ist. Einer durchschnittlichen jährlichen nominalen Zuwachsrate von 8,7 % steht damit eine reale von 3,2 % gegenüber. Die durchschnittliche jährliche Preissteigerungsrate beläuft sich für diesen Zeitraum auf 5,3 %. Die Höhe dieser Rate steht methodisch in keiner Beziehung zu dem häufiger zitierten Preisanstieg der Lebenshaltungskosten; sie gibt die Summe der Preisveränderungen bei sämtlichen erstellten Gütern und erbrachten Dienstleistungen einschließlich der dafür erforderlichen Vorleistungen an. Im Bundesgebiet betragen die den obigen entsprechenden Steigerungen: nominal 8,2 %, real 2,8 % und Preise 5,3 %. Auch in der realen Betrachtungsweise verlief die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Lande also in diesen zehn Jahren insgesamt etwas günstiger als im Bundesgebiet; die durchschnittliche jährliche reale Wachstumsrate ist um 0,4 Punkte höher. Im Vergleich mit den Bundesländern findet sich auch hier Schleswig-Holstein im oberen Bereich, die durchschnittlichen jährlichen realen Steigerungsraten liegen zwischen 1,9 % und 3,3 %.

Bruttoinlandsprodukt 1970 und 1980 in den Bundesländern

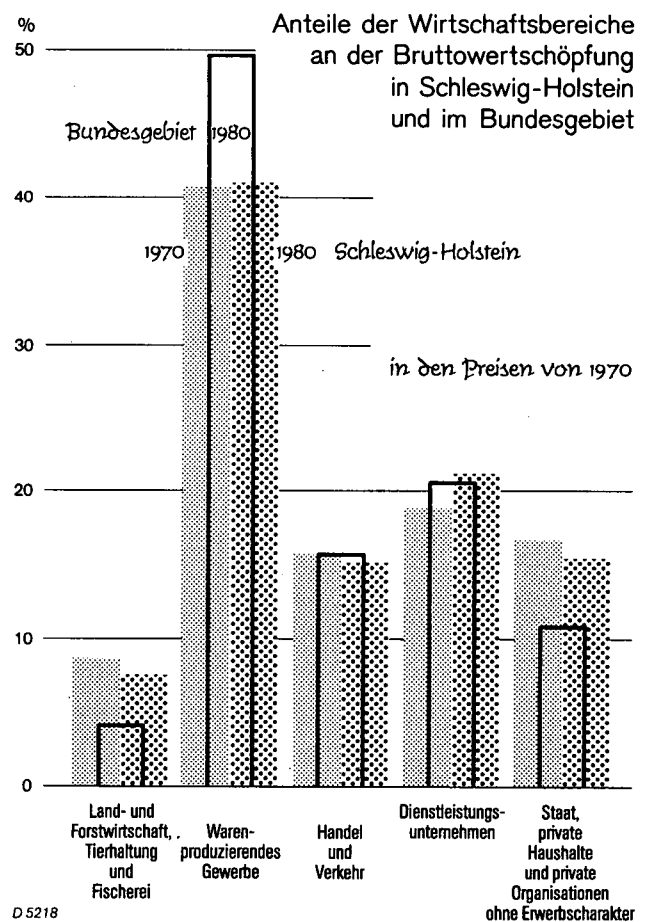
Land	1970		1980		Veränderungen			
	in jeweiligen Preisen = in Preisen von 1970	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1970	1980 gegenüber 1970	D jährlich 1970 bis 1980			
	Mrd. DM			in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1970	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1970	
				%				
Schleswig-Holstein	23,0	53,0	31,5	130	37	8,7	3,2	
Hamburg	33,5	70,8	41,0	111	22	7,8	2,0	
Niedersachsen	67,6	151,3	91,1	124	35	8,4	3,0	
Bremen	11,2	22,3	13,5	100	21	7,2	1,9	
Nordrhein-Westfalen	193,9	409,0	245,0	111	26	7,7	2,4	
Hessen	63,2	141,9	85,4	124	35	8,4	3,1	
Rheinland-Pfalz	35,7	79,6	48,7	123	36	8,3	3,2	
Baden-Württemberg	105,3	234,3	142,2	122	35	8,3	3,0	
Bayern	109,3	250,7	151,2	129	38	8,7	3,3	
Saarland	10,0	23,1	13,6	131	35	8,7	3,1	
Berlin (West)	26,0	52,9	32,0	103	23	7,3	2,1	
Bundesgebiet	678,8	1 488,9	895,1	119	32	8,2	2,8	

Über die Erkenntnis hinaus, daß die wirtschaftliche Entwicklung von 1970 bis 1980 in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich gut verlief, ist positiv anzumerken, daß auch aus aktueller Sicht für 1980 gegenüber 1979 das gleiche gesagt werden kann. 1980 hat sich der Wert der insgesamt in Schleswig-Holstein produzierten Güter und erbrachten Dienstleistungen in jeweiligen Preisen gegenüber 1979 um 3,7 Mrd. oder 7,6 % erhöht. Im gesamten Bundesgebiet erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt gleichzeitig um 6,8 %. Preisbereinigt errechnet sich für Schleswig-Holstein eine Wachstumsrate von 2,9 %. Diese liegt um einen Punkt über der des gesamten Bundesgebietes. Im Vergleich mit den anderen Bundesländern ist auch hier Schleswig-Holstein vorn. Die Wachstumsraten liegen zwischen 1,0 % und 2,9 %. Dabei sollte allerdings nicht übersehen werden, daß es im Vergleich der Jahre 1979 und 1978 nahezu umgekehrt war — die reale Zuwachsrate des Bundes lag mit 4,5 % um 0,8 Punkte über der unseres Landes und nur Hamburg hatte eine noch geringere Wachstumsrate — und in den Zahlen für 1980 ein gewisser Nachholeffekt für Schleswig-Holstein gesehen werden kann.

Die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche

Für die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung ist neben der gesamtwirtschaftlichen Darstellung durch das Bruttoinlandsprodukt vor allem von Interesse, welche Beiträge die einzelnen Wirtschaftsbereiche leisten und wie sich deren Beitrag im Zeitablauf verändert hat. Nach dem jetzt gültigen Konzept der Ent-

stehungsrechnung ist diese Beschreibung möglich über die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche. Gegenüber den Beiträgen der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt, wie sie vor der Revision 1977 nachgewiesen wurden, ist die Bruttowertschöpfung



der Wirtschaftsbereiche um die Einfuhrabgaben geringer, weil die Einfuhrabgaben nach dem neuen Konzept zu den Vorleistungen gerechnet werden.

Bei einer Aufgliederung der Bruttowertschöpfung des Jahres 1980 in jeweiligen Preisen nach fünf Wirtschaftsbereichen ergibt sich, daß der wesentliche Beitrag in Schleswig-Holstein mit 40 % vom warenproduzierenden Gewerbe geleistet wird. Zum warenproduzierenden Gewerbe gehören die Energie- und Wasserversorgung, das verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe; die Beiträge dieser Unterbereiche belaufen sich auf knapp 4 %, 27 % und 9 %. In der realen Betrachtungsweise schneidet das gesamte warenproduzierende Gewerbe etwas besser ab, denn in der Bewertung der Bruttowertschöpfung mit Preisen von 1970 ergibt sich ein Anteil von 41 %. Dies ist ein Hinweis darauf, daß in diesem Bereich im Durchschnitt die Preissteigerungen etwas unter dem gesamtwirtschaftlichen Preisanstieg im Lande gelegen haben. Aus der geringen Differenz der Anteilswerte dieses Wirtschaftsbereichs an der nominalen (Preise von 1980) und realen (Preise von 1970) Bruttowertschöpfung insgesamt der Jahre 1970 und 1980 kann unmittelbar abgelesen werden, daß in Schleswig-Holstein die Entwicklung im warenproduzierenden Gewerbe nahezu genau der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung entsprochen hat. Tatsächlich liegt die durchschnittliche Veränderungsrate im warenproduzierenden Gewerbe beim Vergleich der nominalen Werte um 0,1 Punkte unter und beim Vergleich der realen Werte um 0,2 Punkte über der entsprechenden gesamtwirtschaftlichen Rate. Im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet hat sich das warenproduzierende Gewerbe Schleswig-Holsteins von 1970 bis 1980 ausgesprochen positiv entwickelt. Einer durchschnittlichen jährlichen nominalen Zuwachsrate von 7,1 % im gesamten Bundesgebiet steht eine von 8,6 % in Schleswig-Holstein gegenüber. Beim Vergleich der realen Werte liegen die entsprechenden Raten bei 2,2 % und 3,4 %. Das hatte wiederum zur Folge, daß in der Zeitspanne von 1970 bis 1980 der Anteil des warenproduzierenden Gewerbes an der nominalen Bruttowertschöpfung insgesamt in Schleswig-Holstein nur um 1,2 Punkte, im Bundesgebiet dagegen um 5,5 Punkte zurückgegangen ist und an der realen Bruttowertschöpfung insgesamt in Schleswig-Holstein sogar um 0,2 Punkte angestiegen ist, während er im Bundesgebiet um 3,1 Punkte zurückfiel. Dadurch ist die große Differenz im Gewicht des warenproduzierenden Gewerbes zwischen Schleswig-Holstein und dem gesamten Bundesgebiet etwas geringer geworden: 1970 hatte das warenproduzierende Gewerbe einen Anteil von 52,8 % im Bun-

desgebiet und von 40,7 % in Schleswig-Holstein, 1980 kamen im Bundesgebiet 49,7 % und in Schleswig-Holstein 40,9 % der Bruttowertschöpfung insgesamt — in Preisen von 1970 — aus dem warenproduzierenden Gewerbe. Trotzdem hat das warenproduzierende Gewerbe in Schleswig-Holstein im Vergleich mit den anderen Bundesländern nach Hamburg (35,5 %) immer noch den geringsten Anteil an der realen Bruttowertschöpfung.

Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Preisen von 1970 in %

Land — Jahr	Land- und Forst- wirt- schaft	Waren- produ- zieren- des Ge- werbe	Handel und Ver- kehr	Dienst- lei- stungs- unter- nehmen	Staat, private Haus- halte ¹
Schleswig-Holstein					
1970	8,4	40,7	15,7	18,7	16,5
1980	7,5	40,9	15,1	21,2	15,4
Hamburg					
1970	0,8	40,0	27,7	22,4	9,2
1980	0,6	35,5	29,3	25,0	9,6
Niedersachsen					
1970	6,3	48,5	15,6	16,4	13,2
1980	6,3	47,6	14,1	18,6	13,4
Bremen					
1970	2,0	46,1	26,8	15,6	9,5
1980	0,3	44,9	24,4	19,0	11,4
Nordrhein-Westfalen					
1970	2,0	56,9	15,4	16,3	9,5
1980	1,9	51,2	16,1	20,5	10,3
Hessen					
1970	2,8	47,6	16,4	22,8	10,4
1980	1,9	43,7	16,9	27,2	10,3
Rheinland-Pfalz					
1970	4,9	54,3	13,7	14,9	12,1
1980	3,1	55,8	13,2	16,4	11,5
Baden-Württemberg					
1970	3,2	59,0	13,4	15,5	8,9
1980	2,3	57,1	13,1	18,0	9,4
Bayern					
1970	4,8	51,7	15,1	17,8	10,7
1980	4,5	47,9	15,6	21,7	10,4
Saarland					
1970	1,4	51,3	17,9	16,9	12,4
1980	1,0	53,9	15,6	17,4	12,1
Berlin (West)					
1970	0,2	52,6	16,8	16,4	14,1
1980	0,2	52,2	14,0	17,6	15,9
Bundesgebiet					
1970	3,4	52,8	15,9	17,3	10,6
1980	2,9	49,7	15,8	20,6	10,9

1) und Organisationen ohne Erwerbscharakter

In dem hier betrachteten Zeitraum von 1970 bis 1980 hat sich eine noch positivere Entwicklung als im warenproduzierenden Gewerbe bei den Dienstleistungsunternehmen (Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Wohnungsvermietung, sonstige Dienstleistungen) vollzogen: Hier beträgt die reale Zuwachsrate insgesamt 57 % und durchschnittlich jährlich 4,6 %. Allerdings erreicht dieser Wirtschaftsbereich 1980 mit einem Anteil von 21 % an der gesamten Bruttowertschöpfung in Preisen von 1970 nicht das Gewicht des warenproduzierenden Gewerbes. Die überdurchschnittliche Entwicklung hat aber bewirkt, daß sein Anteil in 10 Jahren immerhin um 2,5 Punkte angestiegen ist. Im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet haben sich die Dienstleistungsunternehmen Schleswig-Holsteins von 1970 bis 1980 real wie nominal durchschnittlich entwickelt. Auch ihr wirtschaftliches Gewicht entspricht in Schleswig-Holstein nahezu dem Bundesdurchschnitt. Bemerkenswert ist, daß einer jährlichen Veränderung von real 4,6 % eine von nominal 11,0 % gegenübersteht. Daraus ergibt sich für die Dienstleistungsunternehmen eine mittlere jährliche Preissteigerungsrate von 6,1 %, die um 0,8 Punkte über der gesamtwirtschaftlichen Rate unseres Landes liegt.

In den drei übrigen Wirtschaftsbereichen (Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter; Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung; Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei) erhöhte sich die Bruttowertschöpfung in Preisen von 1970 nicht so stark wie in der schleswig-holsteinischen Wirtschaft insgesamt. In der wirtschaftlichen Bedeutung bleiben sie jeweils hinter den Dienstleistungsunternehmen zurück. Gemessen an der Bruttowertschöpfung in Preisen von 1970 kommt den Wirtschaftsbereichen Staat usw. sowie Handel und Verkehr nahezu die gleiche Bedeutung zu. Einschränkend ist hier aber auf die besondere Berechnungsmethode beim Staat hinzuweisen. Während der übliche Gang der Entstehungsrechnung vom Produktionswert über die Vorleistungen bis zur Bruttowertschöpfung und weiter nach Berücksichtigung der Abschreibungen, indirekten Steuern und Subventionen zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten führt, geht die Entstehungsrechnung des Staates umgekehrt von den staatlichen Personalausgaben aus, die dem Beitrag zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten entsprechen. Die so berechnete Bruttowertschöpfung des Staates usw. in Preisen von 1970 (also ohne die Lohn- und Gehaltssteigerungen von 1970 bis 1980) macht 1980 einen Anteil von 15,4 % aus. Dieser erheblich über dem Bundesdurchschnitt (10,9 %) liegende Anteil ist hauptsächlich auf den vergleichs-

weise hohen Anteil der Bundeswehr in Schleswig-Holstein zurückzuführen. Während sich im gesamten Bundesgebiet der Staatssektor von 1970 bis 1980 leicht ausgedehnt hat, ist in Schleswig-Holstein ein merklicher Rückgang (1,1 Punkte) festzustellen.

Die Bruttowertschöpfung von Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung in jeweiligen Preisen hat sich von 1970 bis 1980 um insgesamt 113 % oder durchschnittlich jährlich 7,9 % erhöht. Die entsprechenden Steigerungen der realen Bruttowertschöpfung betragen 33 % und 2,9 %. Damit liegen die durchschnittlichen jährlichen Preissteigerungen in diesem Bereich mit 4,9 % um 0,4 Punkte unter der gesamtwirtschaftlichen Rate. Diese Entwicklungen haben dazu beigetragen, daß sowohl der Anteil an der nominalen als auch der Anteil an der realen Bruttowertschöpfung insgesamt leicht zurückgegangen sind, nämlich nominal von 15,7 % auf 14,3 % und real von 15,7 % auf 15,1 %. Die Bruttowertschöpfung des Wirtschaftsbereichs Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung in jeweiligen Preisen beläuft sich 1980 auf 7,8 Mrd. DM. Hierzu ist anzumerken, daß dieser Bereich besonders stark von der neuen Verrechnung der Einfuhrabgaben als Vorleistungen betroffen ist. Nach der bis zur Revision 1977 angewendeten Berechnungsmethode des Beitrags zum Bruttoinlandsprodukt dieses Wirtschaftsbereiches fiel der Anteil am Bruttoinlandsprodukt insgesamt um etwa fünf Punkte höher aus.

Der Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei, im folgenden abgekürzt als Land- und Forstwirtschaft bezeichnet, hat 1980 in Schleswig-Holstein 7,5 % zur realen Bruttowertschöpfung beigetragen. Bei einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 2,1 %, die damit um 1,1 Punkte hinter der gesamtwirtschaftlichen Rate zurückbleibt, hat sich das Gewicht dieses Wirtschaftsbereichs seit 1970 um 0,9 Punkte verringert. Bemerkenswert ist, daß die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der schleswig-holsteinischen Land- und Forstwirtschaft von 1970 bis 1980 um 0,7 Punkte über der im Bundesdurchschnitt liegt. Beim Vergleich der nominalen Werte im Zeitablauf ist der relative Rückgang wesentlich stärker, denn 1980 beträgt der Anteil der Land- und Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein an der nominalen Bruttowertschöpfung insgesamt nur noch 5,2 % gegenüber 8,4 % im Jahre 1970. Dieser im Vergleich zur realen Betrachtungsweise relativ starke Rückgang ist darauf zurückzuführen, daß sich die Land- und Forstwirtschaft durch die niedrigsten Preissteigerungen aller hier beschriebenen Wirtschaftsbereiche auszeichnet. Bei den land- und

forstwirtschaftlichen Produkten und Vorprodukten erhöhten sich die Preise durchschnittlich jährlich nur um 1,7 %. Im Vergleich mit den anderen Bundesländern ist bemerkenswert, daß die schleswig-holsteinische Land- und Forstwirtschaft 1980 mit 7,5 % den größten Anteil an der realen Bruttowertschöpfung insgesamt unter allen Bundesländern aufweist. Unserem Land noch am nächsten kommt Niedersachsen mit einem Anteil von 6,3 %, während der bundesdurchschnittliche Anteil mit 2,9 % erheblich

darunter liegt. Damit ist auch der Beitrag der schleswig-holsteinischen Land- und Forstwirtschaft zur realen Bruttowertschöpfung dieses Wirtschaftsbereiches im gesamten Bundesgebiet mit 9,0 % besonders hoch im Vergleich zum Beitrag unserer gesamten Wirtschaft von 3,6 % zur realen Bruttowertschöpfung der gesamten Wirtschaft des Bundesgebietes.

Peter Möller

Das Bauhauptgewerbe in Schleswig-Holstein

Begriff und Bedeutung des Baugewerbes

Wirtschaftsstatistiken sind insbesondere nach Branchen zu gliedern. In den dazu erforderlichen Systematiken der Wirtschaftszweige nimmt das Baugewerbe neben der Land- und Forstwirtschaft, der Energiewirtschaft und der Wasserversorgung, dem Bergbau, dem verarbeitenden Gewerbe, dem Handel, den Dienstleistungen einen besonderen Platz ein. Bedeutendster Teil ist das Bauhauptgewerbe, zu dem die Errichtung von Hochbauten im Rohbau und die Ausführung von Tiefbau- und Spezialbauvorhaben gehören. Entsprechende Reparaturarbeiten und auch das Abbrechen, Sprengen und Entrümmern zählen ebenfalls zum Bauhauptgewerbe, seit 1977 auch der Fertigteilbau. Daneben gibt es das Ausbaugewerbe, das u. a. die Klempner, Elektroinstallateure, Maler, Glaser und Fliesenleger umfaßt. Bis 1976 gab es in der Wirtschaftssystematik außerdem das Bauhilfsgewerbe (Gerüstbau, Fassadenreinigung, Gebäudetrocknung), das heute zum Bauhauptgewerbe zählt, so daß das Baugewerbe seit einigen Jahren in der Hauptgliederung nur noch in Bauhaupt- und Ausbaugewerbe getrennt wird. Vereinzelt gibt es im Sprachgebrauch noch den Begriff „Baunebengewerbe“, der sich offensichtlich als Pendant zum Bauhauptgewerbe entwickelt hatte. Er wird in der Systematik der wirtschaftlichen Gliederung allerdings nicht verwandt.

Zwischen dem Baugewerbe und hier insbesondere dem Bauhauptgewerbe und dem allgemeinen Konjunkturverlauf bestehen wechselseitige Abhängigkeiten: Von der Bauwirtschaft gehen starke Beschäftigungsimpulse auch auf die übrige Wirtschaft aus. Gerade deshalb ist die bauausführende Wirtschaft ein Ansatzhebel zur Beeinflussung der Konjunktur, zumal der Staat hier als Investor direkt und gezielt Einfluß nehmen kann. Umgekehrt aber ist die Nachfrage nach Bauleistungen

in besonders starkem Maße vom Konjunkturverlauf abhängig, weil die privaten Wirtschaftssubjekte sich zu meist nur dann Bauwerke errichten lassen, wenn ihre eigene wirtschaftliche Situation dies erlaubt.

Vom Staat als bedeutendem Nachfrager wird ein Ausgleich der von Einkommen, Gewinnen und Zinssätzen stark abhängigen privaten Nachfrage erwartet. Eine antizyklische Wirkung erreichen staatliche Bauinvestitionen wegen der langen Produktionsdauer von Straßen und Gebäuden nur schwer. Bund, Länder und Gemeinden müssen ihre Bauinvestitionen dazu obendrein vordringlich in Zeiten spärlicher fließender Steuereinnahmen tätigen und sich hinsichtlich der antizyklischen Bemühungen gleichgerichtet verhalten. Die Forderungen der Bauwirtschaft nach einer Versteigerung der Nachfrage werden immer dann besonders massiv erhoben, wenn, wie 1981, die Baukonjunktur rückläufig ist.

Der folgende Beitrag soll die Situation des Bauhauptgewerbes in ihrer statistischen Ausprägung darlegen. Dazu wird der Zeitraum der vergangenen drei Jahrzehnte in die Betrachtung einbezogen. Für das Ausbaugewerbe liegen nur in sehr eingeschränktem Umfang Daten vor; auf diesen Bereich geht der Aufsatz deshalb nicht näher ein.

Einige — wenn auch veraltete — Zahlen seien hier zur Darstellung der Bedeutung des Baugewerbes vorab angeführt: In der Arbeitsstättenzählung von 1970, die immer noch die jüngste Totalerhebung für den gesamten Bereich des nichtlandwirtschaftlichen Erwerbslebens ist, wird für das Baugewerbe ein Anteil von 10,9 % aller in schleswig-holsteinischen Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft) tätigen Personen ausgewiesen. Das Bauhauptgewerbe beschäftigte damals etwa drei Viertel des baugewerblichen Personals.

Entwicklung des Bauhauptgewerbes seit 1950

Die Bedeutung des Bauhauptgewerbes für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung kommt in einem eigenständigen kurzfristigen Berichtssystem für diesen Bereich zum Ausdruck. Die Betriebe des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten melden monatlich u. a. ihren Personalbestand, Löhne und Gehälter sowie, nach Auftraggebern und Bauarten gegliedert, die geleisteten Arbeitsstunden und den Umsatz. Außerdem werden einmal jährlich in der Totalerhebung zusätzlich auch die kleineren Betriebe nach diesen Merkmalen befragt. Damit wird zum einen eine Aktualisierung des Monatsberichtsgebietes erreicht, indem neue oder gewachsene Betriebe in die Berichtspflicht genommen oder aber andere aus ihr entlassen werden. Zum anderen ergeben sich aus der Totalerhebung für die einzelnen Merkmalswerte die Relationen zu den Monatsmeldern und damit die Faktoren, mit deren Hilfe beispielsweise der Umsatz und die Lohnsumme der monatlich meldenden Betriebe auf die Gesamtwerte des Bauhauptgewerbes hochgerechnet werden können. Ab 1971 werden von den Monatsmeldern auch die Auftragseingänge und -bestände erfragt.

Alle im folgenden dargestellten Zahlen beziehen sich auf die Bautätigkeit im Inland. Der Auslandsbau, der für einige wenige Großunternehmen der Bundesrepublik in Zeiten rückläufiger Baukonjunktur eine Ausweichmöglichkeit bietet, hatte — gemessen am Jahresumsatz der bauhauptgewerblichen Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten — 1978 im Land einen Anteil von nur 0,1 % (Bund: 14 %). Er ist für Schleswig-Holstein also unbedeutend.

Von 1950 bis etwa 1960 sank — mit Ausnahme des Jahres 1956 — die Zahl der Betriebe des Bauhauptgewerbes, insbesondere derjenigen mit weniger als 20 Beschäftigten kontinuierlich, während sich gleichzeitig die Zahl der tätigen Personen auf etwa 64 000 erhöhte. In den folgenden Jahren blieb die Betriebszahl relativ konstant bei knapp 2 500. Noch bis zur Mitte der sechziger Jahre steigerten die Betriebe ihre Mitarbeiterzahl auf den Nachkriegshöchststand von über 70 000, bauten aber in der Rezession von 1967 das Personal rapide bis auf 62 000 ab. Von 1968 bis 1971 nahm der Beschäftigtenstand zwar ständig, aber nur leicht wieder zu. In den Jahren 1974 und 1975 führte die Krise im Bauhauptgewerbe zu einem abermaligen Einbruch des Personalstandes um jeweils etwa ein Zehntel. Die kleineren Betriebe haben sich dabei noch am ehesten behaupten können.

Betriebe und Beschäftigte im Bauhauptgewerbe 1950 bis 1981

Jahr ¹	Betriebe ²		Beschäftigte ²	
	insgesamt	darunter Betriebe mit 1 — 19 Beschäftigten in %	insgesamt	darunter in Betrieben mit 1 — 19 Beschäftigten in %
1950	3 347	83,8	46 825	29,3
1951	3 260	85,5	42 393	32,0
1952	3 104	84,2	41 751	30,5
1953	2 974	80,2	47 805	26,3
1954	2 907	77,9	53 394	23,3
1955	2 774	74,9	58 547	20,5
1956	2 820	74,5	58 422	20,8
1957	2 708	73,6	57 752	20,5
1958	2 655	70,8	64 755	17,5
1959	2 532	69,2	63 369	18,0
1960	2 485	67,9	63 935	17,9
1961	2 443	67,1	63 588	17,6
1962	2 474	66,7	67 565	17,5
1963	2 479	65,3	70 728	17,0
1964	2 529	66,4	70 651	17,6
1965	2 492	64,9	70 015	17,3
1966	2 472	65,8	68 410	18,0
1967	2 480	67,4	61 711	20,8
1968	2 459	67,8	62 579	20,5
1969	2 476	66,6	63 469	19,5
1970	2 436	66,2	63 778	19,4
1971	2 415	66,2	64 161	19,6
1972	2 379	65,8	62 777	19,6
1973	2 526	67,3	62 792	20,2
1974	2 473	69,8	56 886	22,5
1975	2 450	71,8	51 972	24,3
1976	2 587	73,7	53 461	25,4
1976 ^a	2 612	73,7	54 398	25,2
1977	2 683	74,7	53 407	26,9
1978	2 751	74,3	55 650	26,6
1979	2 835	74,4	57 591	26,9
1980	2 972	75,3	57 886	27,6
1981			54 777	

1) bis 1976 nach alter, ab 1977 nach neuer Berichtskreisabgrenzung, d. h. einschließlich Fertigteiltbau und Bauhilfsgewerbe

2) aus den Totalerhebungen (Stichtag bis 1962 Ende Juli, ab 1963 Ende Juni), für 1981 aus Monatsbericht Juni als vorläufiges Ergebnis

a) neuer Berichtskreis (einschließlich Fertigteiltbau und Bauhilfsgewerbe)

In den letzten Jahren ist ihr Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe auf mittlerweile drei Viertel und an der der Beschäftigten auf über ein Viertel gestiegen, weil im Hochbau und hier insbesondere im Wohnungsbau die seit Anfang der siebziger Jahre deutlich kleiner werdenden Bauprojekte den Klein- und Mittelbetrieben bessere Marktchancen eröffneten. Der Personalstand

1981 von nicht ganz 55 000 im Juni bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um über 5 %. Der jüngste Konjunkturaufschwung im Bauhauptgewerbe hielt etwa drei Jahre an, er wurde im Herbst 1980 durch eine noch anhaltende Abschwungphase abgelöst.

Der technische Fortschritt hat den Geräteeinsatz und die Arbeitsproduktivität des Bauhauptgewerbes deutlich verändert. 1964, als die Beschäftigtenzahl um etwa die Hälfte höher war als 1950, gab es viermal so viele Betonmischer, mehr als fünfmal so viele Förderbänder und sechsmal so viele Lastkraftwagen wie 1950. Einige wichtige Baugeräte wie Turmdrehkrane, Planier-
raupen oder Lader gab es 1950 noch nicht oder kaum. 1975 war die Beschäftigtenzahl auf unter drei Viertel des Standes von 1964 gesunken, die Zahl der Bagger (+ 47 %), der Lastkraftwagen (+ 35 %), der Turmdrehkrane (+ 271 %) und der Lader (+ 257 %) dagegen deutlich gestiegen. Auch die Zahl der Betonmischer insgesamt (+ 9 %) war höher als 1964, die großen mit mindestens 250 l Trommelinhalt gab es allerdings fast ein Drittel weniger.

Der Bestand an Förderbändern war 1975 nur um 4 % höher als 1964, er sank in den letzten fünf Jahren um insgesamt ein Fünftel auf 1 144 im Juni 1980. Vermindert hat sich in den letzten fünf Jahren — sicherlich als Folge kleinerer Bauobjekte und des zunehmenden Einsatzes von Transportbeton — auch die Zahl der Turmdrehkrane (— 9 %) und der großtrommeligen Betonmischer (— 25 %). Die Planier-
raupe wird mehr und mehr durch modernes Gerät wie z. B. Lader ersetzt: 1975 schon gab es 15 % weniger als 1964, 1980 waren es gegenüber 1975 noch einmal ein Drittel weniger. Ladegeräte und Baggerlader waren 1980 um ein Drittel zahlreicher als 1975. Die Zahl der Universalbagger hat sich im selben Zeitraum zwar nur um 5 % erhöht, dabei wurden aber vermehrt Hydraulikbagger statt der herkömmlichen Seilbagger eingesetzt.

Alle genannten Gerätezahlen beziehen sich auf die im Eigentum befindlichen. Inwieweit sich durch den technischen Fortschritt und den stärkeren Maschineneinsatz die Arbeitsproduktivität erhöht hat, läßt sich hilfsweise am Vergleich preisbereinigter Umsätze je

Beschäftigte, Löhne je Arbeitsstunde und Umsatz je Beschäftigten im Bauhauptgewerbe 1950 bis 1981

Jahr ¹	Beschäftigte ²				Löhne ³ je Arbeits- stunde	Umsatz ^{3 4} je Beschäftigten
	nach der Stellung im Betrieb					
	tätige Inhaber, unbezahlte mithelfende Familien- angehörige	kauf- männische und technische Angestellte	Poliere, Fach- arbeiter	Fach- werker, Werker		
	einschließlich Auszubildender					
	in %				in DM	in DM
1950	7,8	3,5	53,6	35,1	1,25	7 333
1955	5,2	3,3	50,0	41,6	1,86	11 531
1960	4,2	4,4	56,8	34,6	2,96	17 331
1965	4,6	5,9	58,6	31,5	5,24	26 065
1970	4,5	7,5	60,9	27,1	8,02	33 942
1975	5,6	10,0	63,1	21,3	12,81	63 470
1979 ^a	5,1	10,4	63,9	20,6	16,75	69 674
1980	5,2	10,4	64,1	20,3	18,19	86 962
1981	5,2	10,9	65,1	18,8		

1) bis 1976 nach alter, ab 1977 nach neuer Berichtskreisabgrenzung, d. h. einschließlich Fertigteilbau und Bauhilfsgewerbe

2) aus den Totalerhebungen (Stichtag bis 1962 Ende Juli, ab 1963 Ende Juni), für 1981 aus Monatsbericht Juni als vorläufiges Ergebnis

3) aus dem hochgerechneten monatlichen Berichtskreis. Löhne durch Division von Lohnsumme und auf Baustellen geleisteten Stunden errechnet, keine Tariflöhne

4) bis 1968 einschließlich Umsatzsteuer

a) ab 1976 neuer Berichtskreis (einschließlich Fertigteilbau und Bauhilfsgewerbe)

Arbeitsstunde zeigen¹: Danach war 1979 das Produktionsergebnis einer Arbeitsstunde im Wohnungsbau etwa doppelt so hoch und im Straßenbau etwa dreimal so hoch wie 1960. Ein Teil dieses Produktivitätszuwachses dürfte „zugekauft“, d. h. auf einen erhöhten Einsatz von vorgefertigten Produkten zurückzuführen sein. Eine genauere Quantifizierung ist mit dem preisbereinigten Arbeitsstundenumsatz nicht möglich.

Die Personalstruktur hat sich etwa seit 1956 kontinuierlich zugunsten der qualifizierten Kräfte gewandelt. Der Anteil der kaufmännischen und technischen Ange-

stellten nahm auf heute etwa ein Zehntel und der der Poliere und Facharbeiter von 50 auf 65 % zu. Neben der entsprechenden langfristigen Tendenz zum Abbau des ungelerten Personals zeigt sich deutlich, daß die Fachwerker und Werker (früher „Hilfsarbeiter“) in starkem Maße je nach der momentanen Beschäftigungssituation eingestellt oder entlassen werden und so unfreiwillig als Konjunkturpuffer wirken.

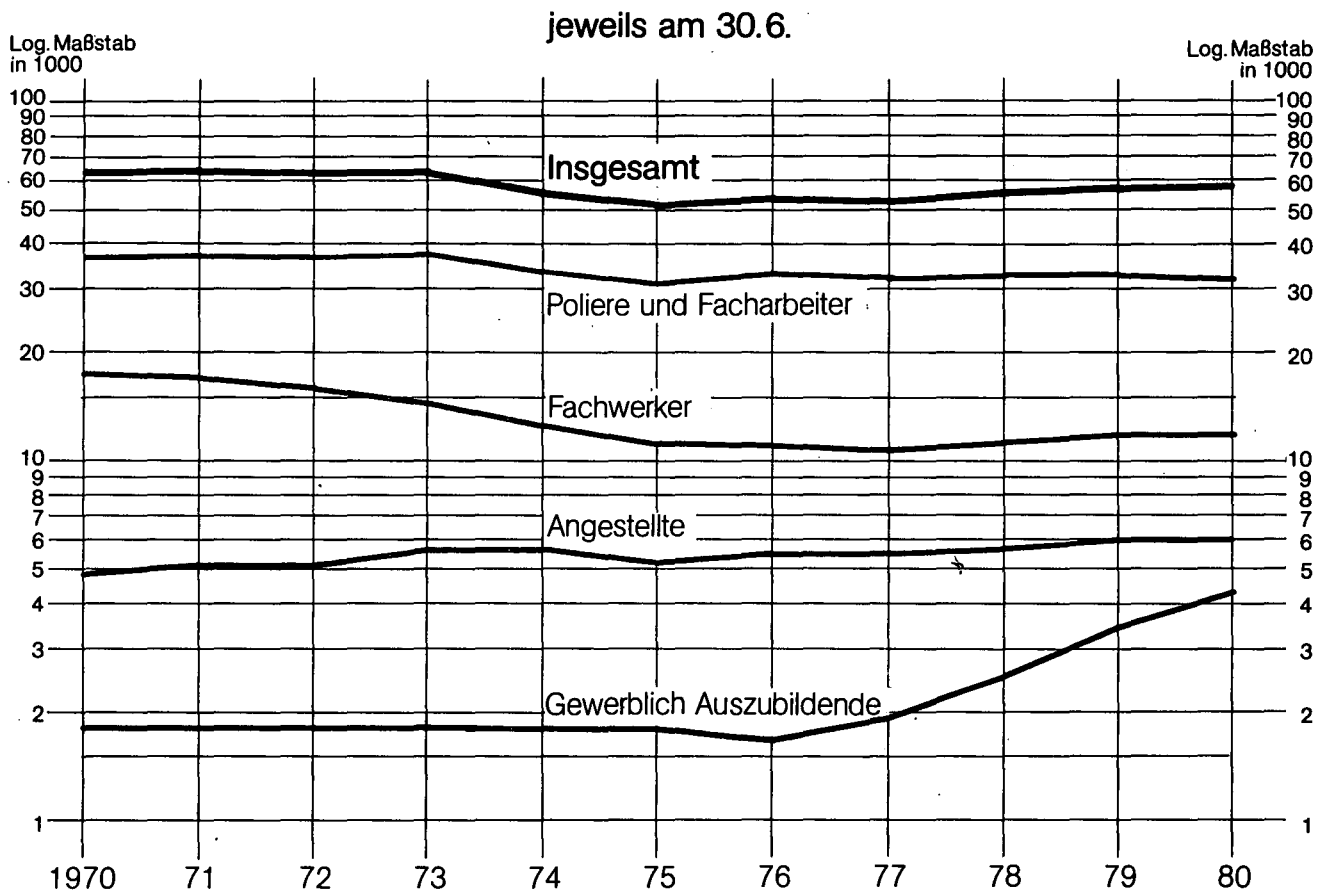
Erfreulich stark zugenommen hat in den letzten Jahren die Zahl der gewerblich Auszubildenden, Umschüler, Anlernlinge und Praktikanten: Sie war 1970 (Jahresmittel) unter 2 000 gesunken und überschritt diese Marke erst 1977 wieder. Seitdem ist sie stetig auf über 4 500 im Jahre 1980 angestiegen. Im logarithmischen Maßstab der Grafik, der gleiche relative Veränderungen jeglichen Ausgangsniveaus stets als Parallelen im Kurvenverlauf erscheinen läßt, kommt diese positive Entwicklung besonders deutlich zum Ausdruck.

Stundenlöhne und Umsätze haben sich seit 1950 in gewissen Grenzen proportional entwickelt: Der Umsatz je Beschäftigten war 1976 gut neunmal so hoch

1) Die Preisbereinigung erfolgte hier mit Hilfe des Preisindex für Rohbauarbeiten an Wohngebäuden und des Preisindex für Straßenbauwerke (Bundeswerte). Da die Umsätze bis 1967 nur einschließlich Umsatzsteuer vorliegen und auch der (erreichbare) Nettoumsatz wegen der unterschiedlichen Besteuerung von Vorleistungen mit dem ab 1968 geltenden Mehrwertsteuersystem nicht vergleichbar zu machen ist, wurde dem Umsatzwert von 1979 – Neutralität des Steueraufkommens unterstellt – die Mehrwertsteuer hinzugefügt

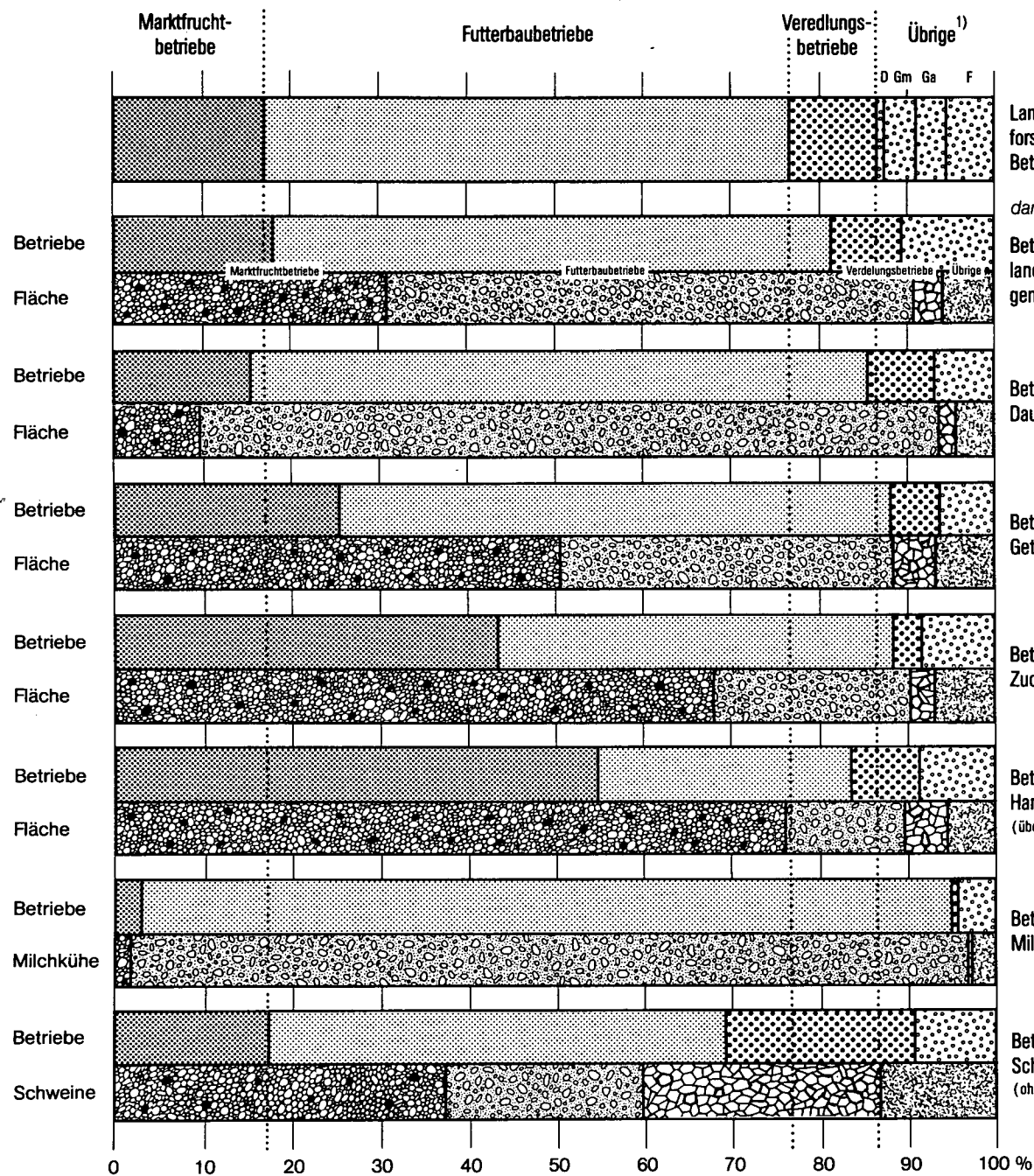
D 5219

Beschäftigte im Bauhauptgewerbe 1970 bis 1980

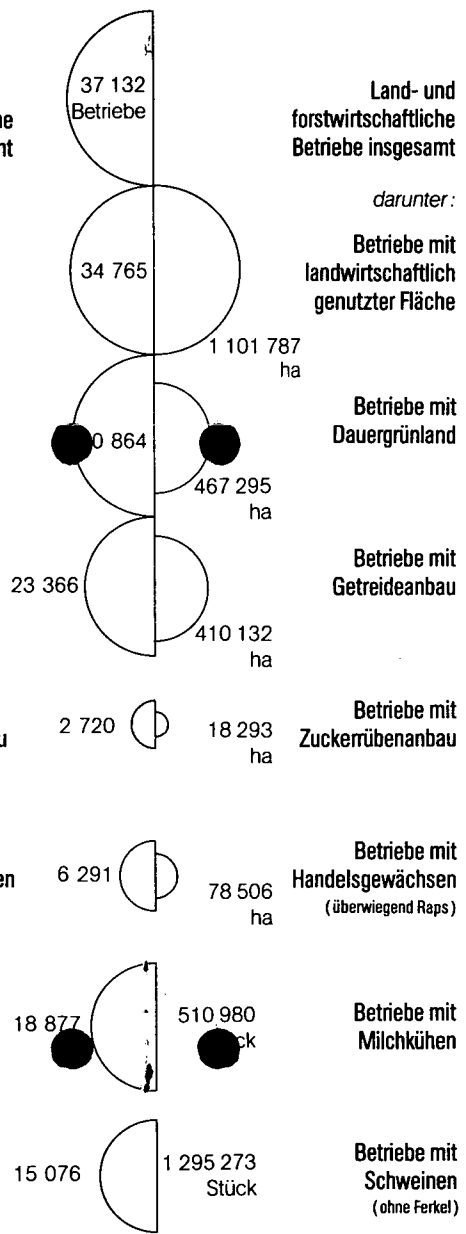


Ausrichtung und Größe land- und forstwirtschaftlicher Betriebe 1979

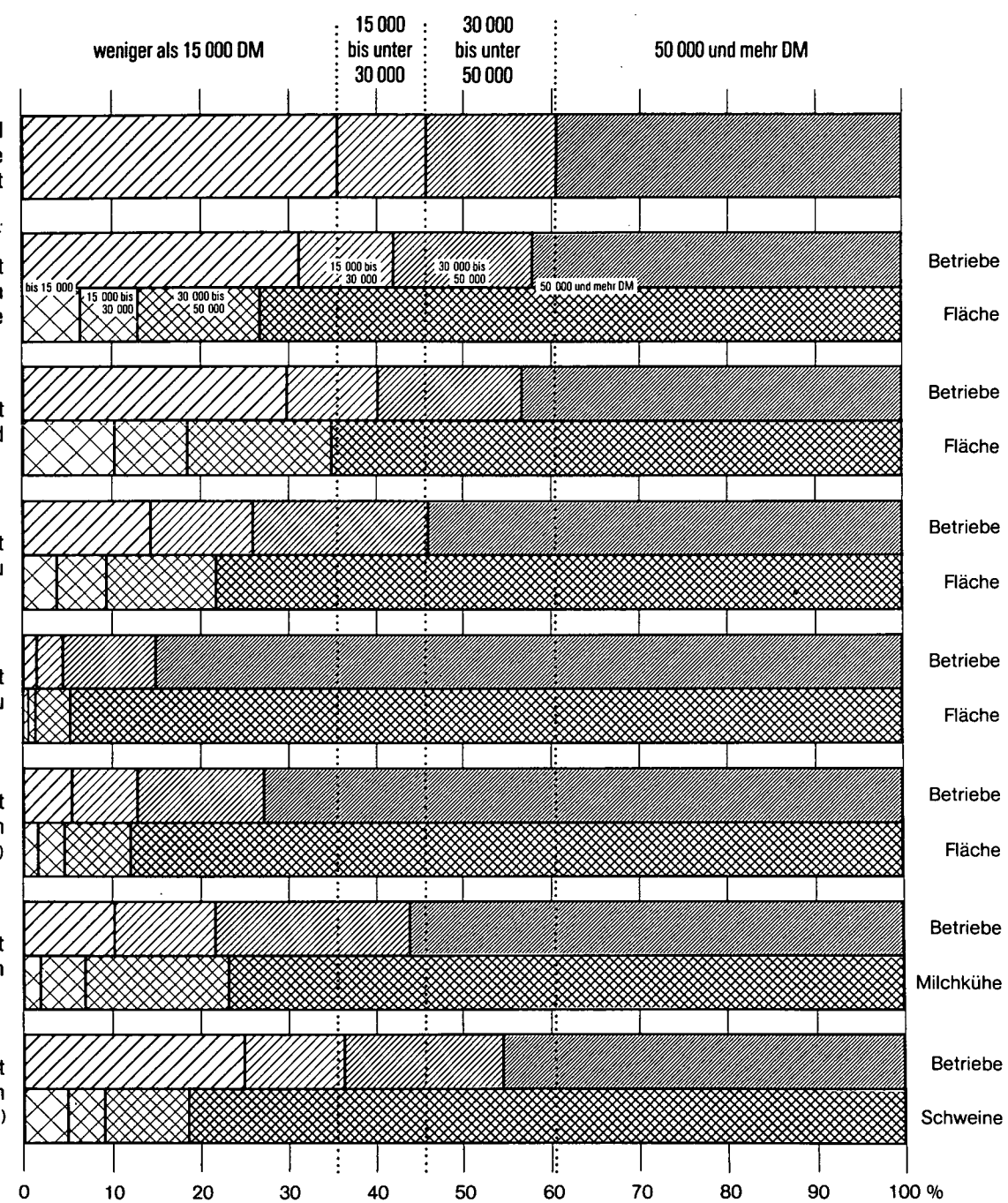
Anteile nach der Betriebsform



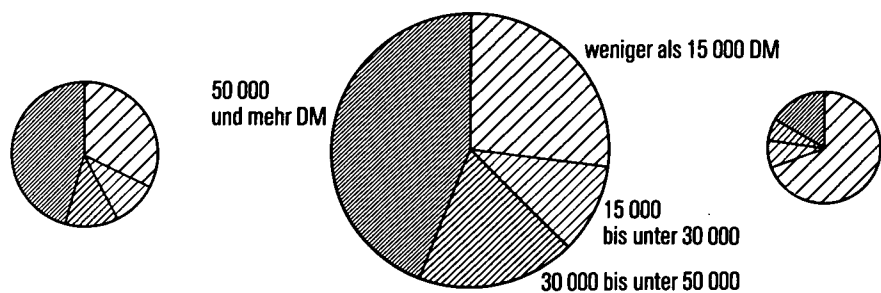
Zur Veranschaulichung der absoluten Größenverhältnisse



Anteile nach dem Standardbetriebseinkommen²⁾



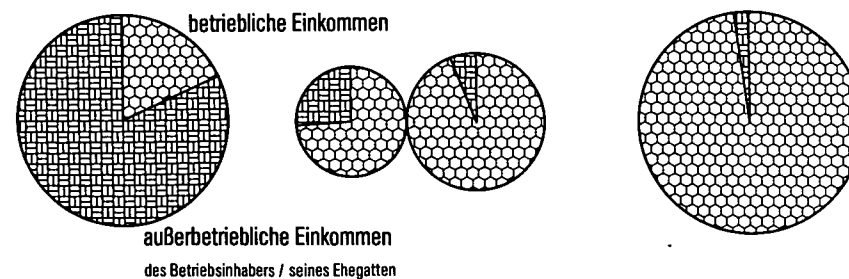
Die Marktfruchtbetriebe, Futterbaubetriebe und Veredlungsbetriebe teilen sich nach dem Standardbetriebseinkommen folgendermaßen auf:



1) D: Dauerkulturbetriebe
Gm: landwirtschaftliche Gemischtbetriebe
Ga: Gartenbaubetriebe
F: Forst- und Kombinationsbetriebe

2) das Standardbetriebseinkommen ist nicht das tatsächliche, sondern ein fiktives Betriebseinkommen, das für jeden Betrieb zwar gemäß seinen individuellen Anbauflächen und Viehbeständen, aber mit Hilfe durchschnittlicher Bewertungsansätze geschätzt wird. Es kann neben der landwirtschaftlich genutzten Fläche als weiterer Maßstab für die Betriebsgröße gelten. Eine ausführliche Erläuterung des Berechnungsverfahrens 1971 ist in den Statistischen Monatsheften Schleswig-Holstein 1973, Heft 5 (Mai) veröffentlicht, die seitherigen methodischen Änderungen und die Rechenansätze für 1977 im Statistischen Bericht C IV 9 - j/77, Teil 3.

Bei den Betrieben³⁾ der obigen vier Größenklassen des Standardbetriebseinkommens überwiegt das



3) nur solche in der Hand natürlicher Personen

wie 1950, die Stundenlöhne (hier errechnet als Durchschnittssatz aller auf Baustellen tätigen Poliere, Meister, Facharbeiter und Werker) haben sich im gleichen Zeitraum mehr als verzehnfacht. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz ist während der fünfziger Jahre bis auf ein Drittel gesunken, wurde dann im Verteilungskampf bis 1970 auf über 41 % gesteigert, war aber danach bis 1976 wieder abnehmend. Der Umsatz ist im Bauhauptgewerbe als Konjunkturindikator wenig geeignet, weil Leistung und Erlöse zeitlich oft weit auseinanderklaffen. In den Jahren 1977 und 1978 haben obendrein Veränderungen des Mehrwertsteuersatzes und daraus resultierende Umsatzverlagerungen von 1978 nach 1977 die Zeitreihe beeinflusst.

Dagegen hat die mit der Reform der Statistiken im produzierenden Gewerbe vorgenommene Neuabgrenzung des Bauhauptgewerbes keinen großen Zeitreihenbruch verursacht. Das zeigen die Ergebnisse der Totalerhebung 1976, die sowohl nach der alten als auch nach der ab Januar 1977 geltenden neuen Berichtskreisabgrenzung ausgewertet wurden: Die 25 Betriebe des Fertigteilbaus, die bis dahin zum verarbeitenden Gewerbe zählten, und der Gerüstbau, erhöhten die Beschäftigtenzahl um lediglich 937 Personen. Ins Bauhauptgewerbe wurden nur solche Betriebe umgesetzt, die zur Vollmontage vorgesehene Fertighäuser und Fertigteilbauten im Hochbau aus Beton oder Holz herstellen. Diejenigen Betriebe, die großformatige Fertigteile aus Beton für den Hochbau erstellen (wandhohe oder raumbreite Tafeln), waren nur dann vom verarbeitenden ins Baugewerbe umzusetzen, wenn sie oder ihr Unternehmen diese Tafeln auch selbst montierten. Wenn ein Betrieb an Fertigteilbauten lediglich die Montagearbeiten ausführte, gehörte er auch vor 1977 schon zum Baugewerbe.

Neben der Gliederung nach Wirtschaftszweigen, die für die Zuordnung des gesamten Betriebes gilt, gibt es im Bauhauptgewerbe für die Merkmale Umsatz, Auftragseingang und geleistete Arbeitsstunden in den Monatsergebnissen eine Aufteilung nach Bauarten und Auftraggebern. Sie ist für bestimmte Fragestellungen vorteilhafter, eignet sich aber zur Betriebszuordnung nicht, weil z. B. ein Hochbaubetrieb sowohl Wohnungen bauen als auch andere Hochbauaufträge — sei es von der öffentlichen Hand oder von Gewerbe, Industrie oder Landwirtschaft — je nach momentaner Nachfragesituation annehmen kann.

Für die wichtigsten Bauarten und Auftraggeber sind in der Grafik die geleisteten Arbeitsstunden dargestellt. Die Arbeitsstunden geben dabei eher noch als

die Beschäftigtenzahl ein Bild der Baukonjunkturentwicklung, weil nachfragebedingte Überstunden oder auch Kurzarbeitszeiten sich nicht in einer Veränderung der Zahl der tätigen Personen niederschlagen. Sie zeigen allerdings ebenfalls nur die Beschäftigungskomponente. Die Produktionsentwicklung nach Bauarten und Auftraggebern ist hieraus wegen der bereits genannten Verbesserungen der Arbeitsproduktivität nicht unmittelbar abzuleiten.

Die Beschäftigungsentwicklung des Bauhauptgewerbes ist vor allem durch den Wohnungsbau geprägt worden, dessen Anteil sich meist zwischen 40 und 50 % bewegte. Der fallende Trend der geleisteten Stunden, der fürs Bauhauptgewerbe insgesamt zur Mitte der sechziger Jahre einsetzte, begann im Wohnungsbau schon fünf Jahre früher.

Im vergangenen Jahrzehnt hat es eine deutliche Verlagerung in der Größenstruktur der Wohngebäude gegeben. Wie stark der mehrgeschossige Wohnungsbau gegenüber den Ein- und Zweifamilienhäusern an Bedeutung verloren hat, zeigen die Baugenehmigungswerte:

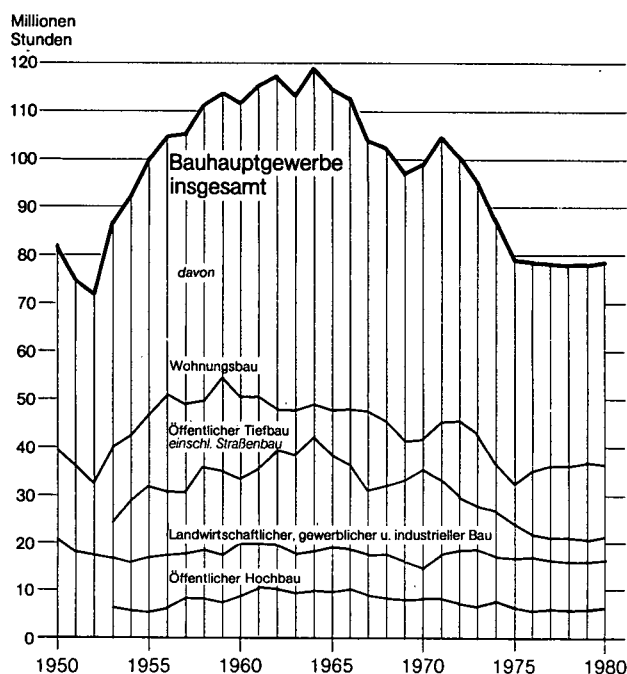
*Wohnungen in Wohngebäuden
mit 3 und mehr Wohnungen
in % aller neu errichteten Wohnungen*

1971	65
1972	64
1973	56
1974	52
1975	41
1976	27
1977	24
1978	27
1979	28
1980	36

Obwohl sein Anteil seit 1977 bemerkenswert gestiegen ist, hat der mehrgeschossige Wohnungsbau bei weitem noch nicht das Gewicht wie im Anfang der siebziger Jahre erreicht.

Für Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft (ohne Wohnungsbauprojekte) wurde im langfristigen Trend etwa gleichmäßig viel gearbeitet, wobei auch die kürzerfristige Entwicklung relativ stetig verlief. Der Anteil dieser Bauten am Stundenvolumen des Bauhauptgewerbes betrug 1950 etwa ein Viertel und 1980 nur ein Fünftel; zum Nachkriegshöchststand der geleisteten Stunden im Jahre 1964 trug der Wirtschaftsbau nur 16 % bei.

Geleistete Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe seit 1977 einschl. Fertigteilbau u. Bauhilfsgewerbe



Das Arbeitsvolumen im öffentlichen Tiefbau zeigte bis 1964 eine zu- und danach eine abnehmende Tendenz. Seine Entwicklung korreliert mit Ausnahme einiger kurzer Zeiträume, z. B. 1968 bis 1971, positiv mit der des gesamten Bauhauptgewerbes. Die Tiefbauentwicklung in jener Periode war wesentlich durch Verkehrsbauten aus Anlaß der Olympischen Spiele 1972 in Kiel geprägt. 1980 wurde etwa jede vierte bauhauptgewerbliche Arbeitsstunde im öffentlichen Tiefbau geleistet. Der öffentliche Hochbau hat demgegenüber mit 8 % des Stundenvolumens von 1980 ein deutlich geringeres und gegenüber Zeiten höchster Baukonjunktur (1964) ein etwa gleichgebliebenes Gewicht.

Der Verlauf der Stundenentwicklung für das gesamte Bauhauptgewerbe zeigt, daß es zwei längere rezessive Phasen gab. Die bereits genannte Wirtschaftsflaute von 1967 wirkte wegen der branchenspezifisch langfristigen Auftragsabwicklung bei den geleisteten Stunden sogar noch bis 1969 nach, weil vor allem im Wohnungsbau Nachfrage fehlte. Die zweite starke Abschwungphase gab es von 1973 bis 1975. Während 1968 und 1969 die Stundenzahl sank, obwohl die Beschäftigtenzahl leicht stieg, nahmen 1974 und 1975 Arbeitsstunden und Personal gleichermaßen stark ab. Es ist unmittelbar zu erkennen, daß die Bauwirtschaftskrise von 1974/75 durch Produktionsrückgänge im Wohnungsbau und im öffentlichen Tiefbau geprägt war.

Die Lage des Bauhauptgewerbes stabilisierte sich nach 1975 auf niedrigerem Niveau. Die in Arbeitsstunden gemessene Bauleistung verlief in allen Bausparten relativ stetig. Daß man dennoch 1979 und besonders 1980 von einem Bauboom sprach, lag am hohen Auslastungsgrad der bis 1975 erheblich verminderten Kapazitäten. Die jährlichen Preissteigerungsraten für Bauwerke lagen 1975 bei etwa 2 %. Danach stiegen die Preise kontinuierlich und stark. Die Unternehmen machten geltend, daß sie für Zeiten mit Angebotspreisen ohne volle Kostendeckung einen Nachholbedarf in der Preisanpassung gehabt hätten. 1980 wurden die Preissteigerungsraten für Bauwerke zweistellig.

Der neuerliche Konjunkturerinbruch im Bauhauptgewerbe läßt erwarten, daß das seit Mitte der siebziger Jahre relativ konstante Beschäftigungsniveau auch in absehbarer Zeit nicht wieder auf das der sechziger Jahre und der ersten siebziger Jahre angehoben werden kann. Wenn man auch — wie die Wohnungsmarktentwicklung gezeigt hat — mit der Vermutung von Marktsättigungserscheinungen sehr vorsichtig sein muß, so deuten doch manche Zeichen darauf hin, daß die Nachfrage nach bauhauptgewerblichen Leistungen sich in absehbarer Zeit nicht kräftig beleben wird, zumal auch Umweltschutzgesichtspunkte mehr und mehr in politischen Entscheidungen gegen Fernstraßenprojekte oder den Ausweis bebaubarer Flächen ihren Niederschlag finden. Marktchancen könnten sicherlich noch im Kraftwerksbau, im Küstenschutz, in der baulichen Gestaltung von Umweltschutzinvestitionen, im Kabelbau für neue Medientechniken oder im Ausbau der Fernwärmeversorgung liegen. Ob und in welchem Umfang Nachfrage dieser Art wirksam wird, ist allerdings Gegenstand kontroverser politischer Diskussionen. Der Anteil des Baugewerbes — also einschließlich des Ausbaugewerbes, dessen Entwicklung anders verlaufen ist — an der Bruttowertschöpfung der Gesamtwirtschaft der Bundesrepublik (in Preisen von 1970) ist von 9,5 % im Jahre 1964 auf 7,4 % im Jahre 1979 gesunken. Für Schleswig-Holstein betragen die entsprechenden Werte 10,6 % (1964) und 9,0 % (1979), das Baugewerbe hat hier also eine etwas höhere Bedeutung als im Bund.

Die öffentlichen Aufträge für das Bauhauptgewerbe

Der Anteil der öffentlichen Hand an der Nachfrage nach bauhauptgewerblichen Leistungen läßt sich — jedenfalls für die monatlich meldenden Betriebe (20 und mehr Beschäftigte) — ab 1971 sowohl nach

Auftragseingang und -bestand als auch nach geleisteten Arbeitsstunden messen. Dazu sind Aufträge von Gebietskörperschaften, Bundesbahn und Bundespost, Organisationen ohne Erwerbscharakter (Kirchen, Vereine, Verbände u. ä.) und Sozialversicherung als „öffentlicher und Verkehrsbau“ und in der Unterteilung nach Hochbau, Straßenbau und sonstiger Tiefbau zusammengefaßt. Eine Unterteilung der Gebietskörperschaften nach Bund, Ländern und Gemeinden kann nicht geboten werden.

Der Auftragseingang umfaßt alle im Betrachtungszeitraum fest angenommenen Bauaufträge, er ist eine Strömungsgröße. Zum Auftragsbestand rechnen die Werte aller fest akzeptierten, aber noch nicht ausgeführten Aufträge bzw. Auftragsteile. Der Bestand wird zu den Stichtagen der jeweiligen Quartalschlüsse vierteljährlich erhoben.

Im Durchschnitt der Jahre 1971 bis 1980 hatten die öffentlichen Aufträge am gesamten Auftragseingang der bauhauptgewerblichen Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten einen Anteil von durchschnittlich 44,4 %. Der Anteil betrug 1972, in Zeiten einer überhitzten Baukonjunktur, nur 40,3 % und hatte 1974 und 1975, also während der damaligen Krise des Bauhauptgewerbes, mit 52,0 und 46,6 die höchsten Werte der letzten 10 Jahre. Insofern gilt für die genannten Jahre durchaus, daß die öffentliche Hand die Nachfrage verstetigt hat.

Daß der Anteil der öffentlichen Aufträge schwankt, kann das Ergebnis von Veränderungen nicht nur der staatlichen, sondern auch der privaten Nachfrage sein. Inwieweit die öffentliche Hand auf den Staatsanteil an den Auftragseingängen durch Veränderung des eigenen Auftragsvolumens selbst Einfluß nahm, zeigen die preisbereinigten Meßziffern für den öffentlichen Hochbau, den Straßenbau und den sonstigen öffentlichen Tiefbau und die Zahlenreihe für den öffentlichen und Verkehrsbau zusammen, die man als Volumenindex bezeichnen kann, die aber für Schleswig-Holstein nicht laufend berechnet wird.

Man sieht, daß der hohe Staatsanteil von 1974 nicht nur auf einen Rückgang privater Nachfrage zurückzuführen ist, sondern daß Bund, Länder und Gemeinden, Bahn und Post auch 1974 noch ihr Vergabevolumen real erhöhten, 1975 und 1976 allerdings in deutlich geringerem Umfang Aufträge erteilten als im jeweiligen Vorjahr. Der hohe Indexwert von 1979 fällt in die Zeit des jüngsten Baukonjunkturaufschwungs. Es kann für 1979 also nicht wie für 1972 und 1974 von einer verstetigenden Wirkung der öffentlichen Aufträge gesprochen werden.

Preisbereinigte¹ Werte des Auftragseingangs im öffentlichen und Verkehrsbau (1971 = 100)

Jahr	Öffentlicher und Verkehrsbau insgesamt	Davon		
		Hochbau	Straßenbau	sonstiger Tiefbau
1971	100,0	100,0	100,0	100,0
1972	104,1	123,9	106,6	89,6
1973	111,4	119,6	147,1	84,9
1974	112,7	110,2	154,0	89,8
1975	101,1	88,7	157,1	76,1
1976	89,0	66,6	149,0	68,3
1977	104,6	73,0	172,3	85,3
1978	104,8	72,6	156,6	95,2
1979	118,6	77,5	179,5	109,5
1980	98,4	68,3	137,0	95,4

1) mit den Preisindizes für Nichtwohngebäude (Bundesgebiet), und zwar „Bürogebäude“ (verwendet für den öffentlichen Hochbau), „Straßenbau insgesamt“ (Straßenbau) und „Brücken im Straßenbau insgesamt“ (sonstiger Tiefbau)

Im öffentlichen Hochbau gibt es eine Zäsur in der Mitte der siebziger Jahre. Der preisbereinigte Wert der vergebenen Aufträge lag bis 1974 deutlich über, seit 1976 aber um mindestens 20 % unter dem Wert von 1971. Der öffentliche Hochbau hat am gesamten Auftragseingang des Bauhauptgewerbes seit 1976 einen Anteil von unter 10 %.

Die Aufträge zum Straßenbau waren in ihrem jährlichen Gesamtwert von 1973 bis 1976 um real etwa die Hälfte, 1977 sogar um fast drei Viertel höher als 1971. Der Straßenbau hat damit den öffentlichen Hochbau an Bedeutung weit überflügelt: Während das Auftragsvolumen im Straßenbau 1971 sogar noch etwas niedriger war als im öffentlichen Hochbau, war es 1979 doppelt so hoch. Der sonstige öffentliche Tiefbau² war mit Ausnahme von 1974 in seinem realen Auftragsvolumen bis 1976 rückläufig, nahm dann aber bis 1979 wieder stark zu. Der bereits erwähnte hohe Wert der 1979 vergebenen öffentlichen Aufträge war

2) für Bundesbahn und Bundespost, z. B. Brücken und Tunnel, Eisenbahnoberbau sowie Fernsprech-, Telegraf- und technische Funkbetriebsbauten; für Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherung und sonstige öffentliche Auftraggeber, z. B. Häfen, Kanäle, Brücken, Schleusen, Wehre, Verkehrsregelungsanlagen, Unterbau von U- und Straßenbahnen, Flugplätze, Sportplätze, ferner Landeskultur- und Wasserbau, Erdbewegungen und Baggerei.

Zum sonstigen Tiefbau gehört neben dem Tiefbau für Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherung und sonstige öffentliche Auftraggeber auch der Tiefbau für Kirchen, Vereine, Gewerkschaften, Parteien, Rotes Kreuz u. ä. Organisationen

im wesentlichen durch den Straßenbau und den sonstigen öffentlichen Tiefbau geprägt.

Die bisher dargestellten Daten öffentlicher Aufträge sind nach dem Ereignis ihrer Erteilung periodisiert. Man könnte vermuten, daß die Pufferwirkung des Auftragsbestandes die politisch und auch fiskalisch bedingte Diskontinuität des Auftragseingangs abfängt und zu relativ gleichmäßiger Kapazitätsauslastung der Betriebe führt, sofern die Betriebe öffentliche Aufträge nicht gegenüber den privaten vorrangig abarbeiten. Die Annahme, daß der Anteil der öffentlichen Aufträge am gesamten Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes — hier am Durchschnittswert der vier Quartalsstichtage — geringer schwankt als der an den Auftragseingängen, kann für die Jahre 1974 bis 1979 bestätigt werden. Der Staatsanteil schwankte in diesem Zeitraum nur um maximal 2,6 Prozentpunkte. In den Jahren 1972 und 1973 hatte auch der Auftragsbestand einen hohen Anteil privater Aufträge. 1980 war der Staatsanteil am Auftragspolster mit 47,9 % der höchste der letzten 10 Jahre.

Die Entwicklung des Anteils der für öffentliche Auftraggeber geleisteten Arbeitsstunden zeigt, daß trotz der von 1971 bis 1976 absolut abnehmenden Arbeitsleistung im öffentlichen Tiefbau in der Bauwirtschaftskrise von 1974/75 der Staatsanteil an den Arbeitsstunden mit 47 % der höchste der siebziger Jahre war und vielen Betrieben das Überstehen der Krise ermöglicht haben dürfte. 1976, im Jahr der Trendwende zum Baukonjunkturaufschwung, war der Anteil der öffentlichen Hand an den Auftragseingängen, am Auf-

tragsbestand und an den Arbeitsstunden etwa gleich (43 bis 44 %). Der Anteil der im öffentlichen und Verkehrsbau geleisteten Stunden blieb bis 1980 relativ konstant.

Nach den bisher vorliegenden Monatsergebnissen des Jahres 1981 wird der Staatsanteil in diesem Jahr deutlich zurückgehen: Im Zeitraum Januar bis August 1981 war der Wert der von der öffentlichen Hand entgegengenommenen Aufträge nominal um 1,1 % geringer als im Vergleichszeitraum des Vorjahres, der Anteil am gesamten Auftragseingang des Bauhauptgewerbes betrug nur 41,5 %. Für die öffentlichen Auftraggeber wurden 8,3 % weniger Arbeitsstunden geleistet als von Januar bis August 1980, der Staatsanteil an der Arbeitsleistung betrug 43,0 %.

Da Auftragseingang und Auftragsbestand nur für Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten vorliegen, wurden zur Darstellung des Staatsanteils der geleisteten Stunden ebenfalls nur die Werte der Betriebe dieser Größenordnung verwendet. Die staatlichen Aufträge spielen aber für die kleineren Betriebe keine so bedeutende Rolle, denn bezieht man sie ein, dann wurde nur etwa jede dritte Arbeitsstunde für staatliche Auftraggeber geleistet. Der Anteil des öffentlichen und Verkehrsbaus an der Leistung aller bauhauptgewerblichen Betriebe ist also um etwa 8 bis 9 Prozentpunkte niedriger als am Stundenvolumen nur der größeren.

Die Branchenstruktur des Bauhauptgewerbes

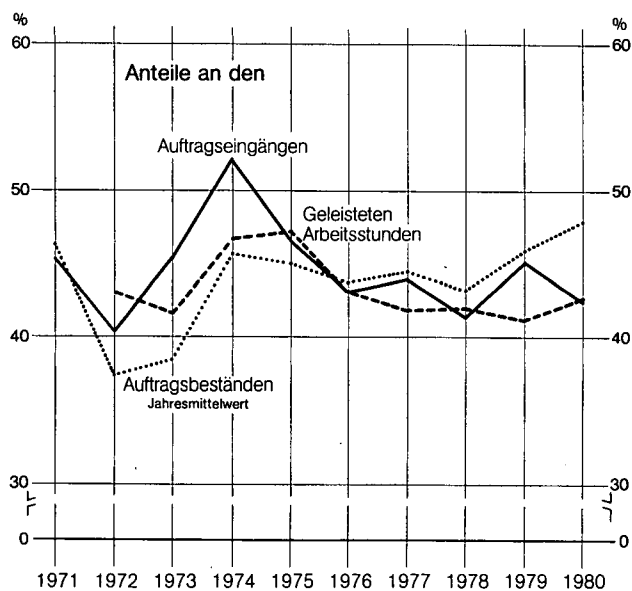
Wichtigster Wirtschaftszweig des Bauhauptgewerbes ist der Hochbau (ohne Fertigteiltbau). 1 416 oder fast die Hälfte aller Betriebe — mit 49 % der am 30. Juni 1980 tätigen Personen — haben darin den Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit. Hochbauten im Fertigteiltbau (Herstellung und Montage) errichteten im Juni 1980 weitere 26 Betriebe mit 3 % aller tätigen Personen. Hochbauten wie Tiefbauten etwa gleichermaßen (ohne ausgeprägten Schwerpunkt) führten 26 Betriebe aus. Diese 26 Betriebe beschäftigten im Durchschnitt 80, das Bauhauptgewerbe insgesamt dagegen nur 19 Personen je Betrieb.

Zum Tiefbau zählten sich 522 oder 18 % der Betriebe mit zusammen 31 % der Beschäftigten des Bauhauptgewerbes. Fast die Hälfte der Tiefbaubetriebe läßt sich keinem der speziellen Wirtschaftszweige dieses Bereichs zuordnen. Der hohe Anteil kommt dadurch zustande, daß dieser „anderweitig nicht genannte“ Tiefbau nicht weiter differenziert werden kann. Die

D 5221

Der öffentliche und Verkehrsbau innerhalb des Bauhauptgewerbes

Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten



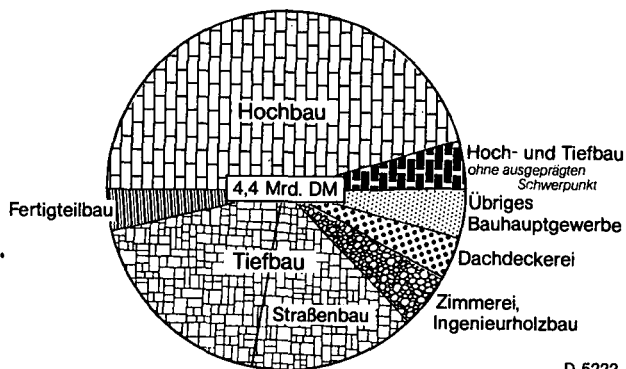
Systematik bietet außer diesem Zweig und dem Straßenbau nur vier eng umrissene, gering besetzte (1980 zusammen etwa 2 000 Beschäftigte) Wirtschaftszweige zur Zuordnung der betrieblichen Aktivität an. Vorwiegend im Straßenbau tätig waren 119 Betriebe mit insgesamt 7 150 Beschäftigten, von denen jeder zweite in Großbetrieben (100 und mehr Beschäftigte) arbeitete.

Zum Hoch- und Tiefbau rechnen 14 der insgesamt 22 Wirtschaftszweige des Bauhauptgewerbes. Die übrigen Zweige — Zimmerei; Dachdeckerei; Stukkateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei sowie der Spezialbau als Zusammenfassung der restlichen fünf Zweige — umfaßten im Juni 1980 insgesamt 956 Betriebe mit zusammen 7 852 Beschäftigten. Der sich daraus ergebende Durchschnitt von 8 Beschäftigten je Betrieb zeigt, daß in diesen Wirtschaftszweigen, von denen keiner den fürs Bauhauptgewerbe insgesamt geltenden Durchschnitt von 19 Beschäftigten je Betrieb erreichte, vorwiegend Kleinbetriebe tätig sind.

Je Wirtschaftszweig werden in den jährlichen Totalerhebungen des Bauhauptgewerbes auch Ergebnisse gesondert für diejenigen Betriebe ermittelt, deren Inhaber oder Leiter in die Handwerksrolle eingetragen sind. Nach Maßgabe dieses Kriteriums gab es am 30. Juni 1980 2 213 bauhauptgewerbliche Handwerksbetriebe mit 41 755 tätigen Personen. Zum Handwerk gehörten damit drei Viertel der Betriebe und 72 % der Beschäftigten des Bauhauptgewerbes. Der Handwerksanteil nach Beschäftigten ist erwartungsgemäß in der Größenklasse der Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten mit 84 % deutlich höher als für Großbetriebe (100 und mehr Beschäftigte: 50%).

Die Verteilung der Umsätze des Jahres 1979 auf die in der Grafik z. T. zusammengefaßten Wirtschaftszweige

Baugewerbliche Umsätze 1979
nach Wirtschaftszweigen



zweige weist für den Straßenbau, der wegen des großen Maschineneinsatzes eine hohe Arbeitsproduktivität hat, mit 15 % des bauhauptgewerblichen Umsatzes einen um drei Prozentpunkte höheren Anteil aus als der an den Beschäftigten. Der baugewerbliche Jahresumsatz je Beschäftigten lag 1979 im Straßenbau mit 92 000 DM um 21 % über dem Durchschnittswert aller Wirtschaftszweige (76 000 DM). Einen noch höheren Pro-Kopf-Umsatz hatte mit 113 000 DM der Fertigteilbau. Der Hochbau als bedeutendster Wirtschaftszweig kam 1979 auf 70 000 DM, der Tiefbau (ohne Straßenbau) auf 77 000 DM. Anders als z. B. im Ausbaugewerbe gibt es im Bauhauptgewerbe kaum Umsätze aus Handels- oder sonstigen nichtbaugewerblichen Tätigkeiten. Der baugewerbliche Umsatz 1979 von insgesamt 4,4 Mrd. DM macht über 98 % des Gesamtumsatzes aus.

Die konjunkturellen Daten im Herbst 1981

Bezogen auf den Zuschätzanteil der kleineren, nicht monatlich meldenden Betriebe sind die bisher vorliegenden Monatsdaten für 1981 vorläufig, d. h. der Zuschätzung je Merkmal liegt noch das Verhältnis von Groß- zu Kleinbetrieben aus der Totalerhebung des Vorjahres zugrunde. Wenn die diesjährige Erhebung vom 30. Juni ausgewertet sein wird, werden die Kleinbetriebe erneut zugeschätzt nach Maßgabe der aktuelleren Basis für die Monate März bis September. Die so ermittelten Ergebnisse werden die endgültigen sein. Sie werden von den vorläufigen nicht sonderlich abweichen, sofern die Entwicklungstendenz bei den kleineren Betrieben der monatlich meldenden in etwa gleicht.

Nach den vorläufigen Ergebnissen, deren Veränderungsraten durch die etwa 730 Betriebe mit jeweils mindestens 20 Beschäftigten und insgesamt etwa drei Vierteln aller tätigen Personen bestimmt werden, waren am 31. August 1981 im schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbe 54 600 Personen beschäftigt, das sind 7,8 % weniger als ein Jahr zuvor. Im Gegensatz zur Bauwirtschaftskrise von 1974/75, als der Rückgang der Beschäftigtenzahl in beiden Jahren (jeweils 30. Juni) mit etwa 9 % um zwei Prozentpunkte unter dem des Bundesgebietes (einschließlich West-Berlin) blieb, sind 1981 die schleswig-holsteinischen Betriebe vom Beschäftigungseinbruch mindestens so hart betroffen wie die des gesamten Bundesgebietes, denn Ende August 1981 waren im Bund nur 4,6 % weniger Personen beschäftigt als ein Jahr zuvor. Im Monatsdurchschnitt Januar bis August 1981 war der Personalstand mit ebenfalls etwa 54 600 gegen-

über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 5,1 % geringer, im Bund nur um 3,7 %.

Der mit dem Beschäftigungsrückgang einhergehende Abbau von Überstunden dürfte dazu geführt haben, daß die Zahl der in schleswig-holsteinischen Betrieben von Januar bis August 1981 geleisteten Arbeitsstunden gegenüber dem Vorjahr sogar um 10,2 % zurückging (Bund: - 9,7 %). Ein weiterer Grund für den überproportionalen Rückgang der Arbeitsleistung könnte sein, daß die Betriebe vermehrt dazu übergehen, geschlossen Betriebsferien zu machen. Der 1981 gegenüber den Vorjahren besonders niedrige Juli-Wert läßt das vermuten, auch verschiedene Firmenmitteilungen deuten darauf hin.

Das Leistungsdefizit betrifft besonders den Wohnungsbau (- 11,5 % geleistete Arbeitsstunden, dagegen Bund: - 10,8 %). Geringer als im Bund (- 9,9 %) war in Schleswig-Holstein (- 8,3 %) der Rückgang des Arbeitsvolumens für den öffentlichen und Verkehrsbau. Beim Straßenbau war diese Verminderung deutlich stärker (Land: - 12,1 %, Bund: - 14,8 %) als im übrigen öffentlichen und Verkehrsbau. Für Schleswig-Holsteins Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft wurden 10,4 % weniger Arbeitsstunden geleistet als im Vorjahr (Bund: - 7,6 %).

Für die zukünftige Auslastung der Baubetriebe ist die Entwicklung der Auftragseingänge von besonderer Bedeutung. Sie läßt nicht auf eine baldige Tendenzwende schließen: Der Wert der von Januar bis August 1981 den schleswig-holsteinischen Betrieben des Bauhauptgewerbes erteilten Aufträge lag zwar um 4,2 % über dem Vorjahreswert, während im Bund sogar eine negative Veränderungsrate (- 13,0 %) gilt. Es ist aber zu berücksichtigen, daß durch außergewöhnliche Großaufträge im Wirtschaftsbau die Auftragsituation günstiger erscheint als sie tatsächlich ist. Denn diese Großaufträge sind ein kräftiger Schub für nur wenige Betriebe. Sie fallen mit ihrem Gesamtwert in eine Periode, auf die bei Auftragssteilung in üblichen Größen nur ein Teil entfallen wäre.

Die Aufträge zum Bau von Wohnungen hatten 1981 einen Gesamtwert, der um 4,9 % unter dem der Monate Januar bis August 1980 lag (Bund: - 4,3 %). Im Straßenbau erhielten schleswig-holsteinische Betriebe ein um 7,6 % höheres Auftragsvolumen als im Vorjahr, im Bund gab es demgegenüber mit 23,2 % einen drastischen Rückgang, der sogar noch durch Rückgänge des Auftragszuwachses im sonstigen Tiefbau für Gebietskörperschaften (- 29,3 %) und im Hochbau für Bundesbahn und -post (- 29,6 %) über-

troffen wurde. Der gesamte öffentliche und Verkehrsbau wies bei den Auftragseingängen in Schleswig-Holstein ein Minus von 1,1 %, im Bund dagegen von 21,8 % aus.

Alle genannten Veränderungsdaten der Auftragseingänge berücksichtigen nicht die zwischenzeitlichen Preissteigerungen. Sie betragen von August 1981 zu August 1980 (Bundeswerte) im Hochbau je nach Bauleistungsart zwischen 5 und 6 Prozent im Neubau und etwas über 6 Prozent in der Instandhaltung von Wohngebäuden. Im Straßenbau lag die Preissteigerung unter 2 %, im Brückenbau zwischen 3 und 4 %. Die meisten Preissteigerungsdaten für Bauleistungen liegen damit erstmals seit 1976 wieder unter der der Lebenshaltung aller privaten Haushalte (+ 6,0 %).

Der preisbereinigte Gesamtwert der Auftragseingänge in Schleswig-Holstein von Januar bis August liegt also unter dem Wert von 1980, auch bei vollem Ansatz der Großaufträge. Der Auftragseingang im Wohnungsbau ist real um etwa 10 % und der des öffentlichen und Verkehrsbaus um real etwa 4 % zurückgegangen. Die für den Wohnungsbau genannte Zahl wird auch durch die Statistik der Baugenehmigungen bestätigt: Die im Zeitraum Januar bis August von den Bauämtern zum Bau freigegebenen neuen Wohngebäude werden 10,4 % weniger Wohnungen enthalten als die im selben Zeitraum des Vorjahres genehmigten.

Daß die Entwicklung im Bauhauptgewerbe zu großen Sorgen Anlaß gibt, zeigt auch die Zahl der Insolvenzen, die - für alle Wirtschaftsbereiche - 1981 wohl eine neue Rekordhöhe erreichen wird und dabei im Bauhauptgewerbe besonders deutlich gestiegen ist. 1980 wurden bereits mehr als doppelt so viele Insolvenzen gezählt (63, davon 47 mangels Masse abgelehnte) wie 1979; in den ersten drei Quartalen des Jahres 1981 haben sich die Pleiten (69, davon 54 mangels Masse abgelehnt) gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum abermals beträchtlich erhöht (+ 77 %) und bereits jetzt das gesamte Jahresergebnis 1980 um ein Zehntel übertroffen. Der Anteil der totalen wirtschaftlichen Zusammenbrüche, d. h. der mangels Masse abgelehnten Konkurse, lag 1981 wie im Vorjahr bei fast 80 %.

Die Insolvenzzahlen sind, da nicht nach der wirtschaftlichen Bedeutung der zusammengebrochenen Betriebe differenziert werden kann, als Indikator für konjunkturelle Abschwungphasen zwar beliebt, aber nur bedingt geeignet. Immerhin verdeutlichen auch sie die schlechte Lage, in der sich das Bauhaupt-

gewerbe zur Zeit befindet. Von den vorhandenen Daten deuten keine auf eine baldige Tendenzwende der Baukonjunktur hin, die Talsohle ist noch nicht durchschritten. Im bevorstehenden Winter ist außerdem der saisonale Beschäftigungsrückgang zu verkraften.

Man wird daher den Daten des Bauhauptgewerbes gerade in den nächsten Monaten besondere Beachtung widmen müssen.

Bernd Struck

Getreide- und Rapsertträge 1981

Nach Einbeziehung aller Probeschnittergebnisse und den Korrekturen aufgrund der Volldrusche errechnen sich für alle Getreidearten etwas höhere Hektarerträge als nach den vorläufigen Berechnungen von Ende August. Ursache sind höhere Erträge der später geernteten Getreidesorten und -felder sowie niedrigere Ernteverluste als nach den Erfahrungen der vorhergehenden Jahre zu erwarten war.

Bild ergibt sich beim Sommerweizen, der 1981 erheblich im Anbau ausgedehnt worden war. Hier wurde der Vorjahresertrag erheblich übertroffen und noch 5 % mehr geerntet als im mehrjährigen Durchschnitt. Wegen der wechselnden Anbauverteilung wurden für Sommerweizen Trends nicht berechnet. Der Winterertrag brachte, wie bereits im Septemberheft berichtet, nur sehr niedrige Erträge, die weit unter Vorjahr, Durchschnitt und Trenderwartung lagen.

Getreide- und Rapsertträge in Schleswig-Holstein

Fruchtart	Hektarertrag in dt/ha				
	D 1975 – 80	1980	1981	Trenderwartung	
				A	B
für 1981					
Winterweizen	58,1	54,8	60,3	59,9	63,4
Sommerweizen	44,5	41,4	46,8		
Winterroggen	36,3	38,9	37,6	38,0	40,1
Wintergerste	54,1	58,0	54,2	55,6	58,0
Sommergerste	33,6	36,5	38,1	35,1	36,7
Hafer	37,8	40,0	45,6	42,8	41,9
Winterraps	28,1	29,4	21,3	28,0	28,8

Die Erträge in den Naturräumen

Da die Zahl der Probeschnitte eine direkte Berechnung von Erträgen der Hauptnaturräume aus den Ergebnissen der objektiven Ertragsmessungen („besondere Erntemittlung“) nicht zuläßt, werden die Regionalergebnisse aufgrund der endgültigen Schätzungen der amtlichen Ernteberichterstatte berechnet. Die Schätzungsergebnisse werden jedoch im Maße der Abweichungen zwischen Schätzungen und Messungen auf Landesebene korrigiert.

Im Landesmittel erreichten alle Getreidearten den sechsjährigen Durchschnittsertrag 1975 – 80 oder übertrafen ihn. Insbesondere Sommergerste und Hafer brachten erheblich höhere Erträge als im mehrjährigen Durchschnitt und auch als im Vorjahr. Lediglich bei der Wintergerste wurde der (sehr hohe) Vorjahresertrag nicht erreicht. Die aus den Ergebnissen der Jahre 1957 – 80 für 1981 errechnete Trenderwartung¹ wurde von den Wintergetreidearten erreicht oder knapp unterschritten, bei Sommergerste und Hafer jedoch um jeweils etwa 3 dt/ha übertroffen. Die aus dem Trend der Jahre 1965 – 80 errechneten Erwartungen für 1981 wurden nur von der Wintergerste und der Sommergerste erfüllt. Ein etwas abweichendes

Getreide- und Rapsertträge in der Marsch

Fruchtart	Hektarertrag in dt/ha				
	D 1975 – 80	1980	1981	Trenderwartung	
				A	B
für 1981					
Winterweizen	65,5	58,3	65,4	68,8	72,5
Sommerweizen	51,7	43,3	46,8		
Winterroggen	45,1	42,5	44,6	47,1	49,6
Wintergerste	57,7	60,0	61,3	59,1	61,0
Sommergerste	41,3	34,4	43,5	42,1	43,2
Hafer	48,9	43,4	50,9	51,7	51,5
Winterraps	27,5	27,7	28,5	27,1	28,6

Die **Marsch** brachte aufgrund der guten Bodenqualitäten seit vielen Jahren die höchsten Getreideerträge im Lande, auch 1981. Lediglich Sommerweizen erzielte 1981 unterdurchschnittliche Erträge, wobei die sehr

1) Linearer Trend, berechnet nach der Methode der kleinsten Quadrate, A: aus Werten der Jahre 1957 – 80, B: aus Werten der Jahre 1965 – 80

niedrigen Vorjahreserträge allerdings merklich übertrafen wurden. Die übrigen Getreidearten lagen mit den Erträgen etwa auf Höhe oder leicht über dem mehrjährigen Durchschnitt. Die sehr hohen Trenderwartungen — die Marsch hatte in der Vergangenheit die kräftigsten Steigerungsraten — wurden allerdings bei den meisten Getreidearten — bis auf Winter- und Sommergerste — nicht erreicht. Im Gegensatz zu den übrigen Naturräumen hatte die Marsch nach den Schätzungen der amtlichen Ernteberichterstatte nicht unter den starken Ertragseinbußen beim Raps zu leiden, so daß Vorjahresertrag und Durchschnitt noch leicht übertrafen und die Trenderwartungen erreicht wurden.

Getreide- und Rapsrerträge auf der Hohen Geest

Fruchtart	Hektarertrag in dt/ha				
	D 1975 — 80	1980	1981	Trenderwartung	
				A	B
für 1981					
Winterweizen	46,4	47,6	49,5	48,8	50,3
Sommerweizen	37,1	39,4	40,2		
Winterroggen	35,0	37,9	36,7	37,1	38,5
Wintergerste	44,3	47,8	46,0	45,8	47,1
Sommergerste	32,9	36,1	37,2	34,8	35,8
Hafer	32,1	37,1	41,3	37,2	36,6
Winterraps	25,8	26,5	23,0	26,0	26,8

Getreide- und Rapsrerträge auf der Vorgeest

Fruchtart	Hektarertrag in dt/ha				
	D 1975 — 80	1980	1981	Trenderwartung	
				A	B
für 1981					
Winterweizen	39,3	38,5	42,8	40,3	40,9
Sommerweizen	32,7	34,1	38,2		
Winterroggen	30,9	35,1	34,5	33,8	33,9
Wintergerste	39,2	42,6	42,7	39,1	40,0
Sommergerste	29,9	33,0	35,7	32,3	32,7
Hafer	27,1	34,9	40,5	34,5	32,7
Winterraps	23,9	22,9	21,2	23,9	23,1

Im Vergleich zu Vorjahr und Durchschnitt und für sich gesehen, fielen die Getreideerträge auf den Standorten der **Geest** 1981 günstig aus, wobei die Vorgeest — der Naturraum mit dem absolut immer noch niedrigsten Ertragsniveau — im Vergleich zum Vorjahr und zum mehrjährigen Durchschnitt die höchsten (relativen) Steigerungsraten aufweist.

Auf der Hohen Geest wie auf der Vorgeest übertrafen die Erträge sämtlicher Getreidearten den mehrjährigen Durchschnitt — zum Teil erheblich —. Das Vorjahres-

ergebnis wurde lediglich vom Winterroggen und von der Wintergerste auf der Hohen Geest nicht erreicht.

Der Raps — der nur auf der Hohen Geest in nennenswertem Umfang angebaut wird — enttäuschte hier im Ertrag.

Für die Geeststandorte haben sich bekanntlich niedrigere absolute und relative Ertragssteigerungen in der Vergangenheit ergeben als in der Marsch und im Hügelland, so daß bei ohnehin niedrigerem Ertragsniveau die Erwartungen für 1981 wesentlich bescheidener waren. Von der Sommergerste und vom Hafer wurden diese Trenderwartungen 1981 erheblich übertrafen, von den Wintergetreidearten nur auf der Vorgeest.

Wie bereits in früheren Jahren beobachtet werden konnte, haben sich die hohen Herbstniederschläge auf den Geestböden kaum negativ und hohe Sommerniederschläge eher positiv auf die Getreideerträge ausgewirkt.

Getreide- und Rapsrerträge im Hügelland

Fruchtart	Hektarertrag in dt/ha				
	D 1975 — 80	1980	1981	Trenderwartung	
				A	B
für 1981					
Winterweizen	57,1	54,5	59,6	58,8	62,2
Sommerweizen	43,6	41,8	48,8		
Winterroggen	42,3	44,1	41,4	44,5	46,8
Wintergerste	55,4	60,2	55,5	56,9	59,7
Sommergerste	37,8	41,9	40,3	39,5	41,8
Hafer	41,2	42,2	48,2	46,3	45,2
Winterraps	28,3	29,8	20,7	28,2	29,0

Im **Hügelland** ist das Bild am uneinheitlichsten. Während Winterweizen, Sommerweizen und Hafer überdurchschnittliche Hektarerträge brachten, die auch höher lagen als im Vorjahr und beim Hafer sogar erheblich über den Trenderwartungen (beim Winterweizen etwa zwischen den Trends), erreichten die Erträge bei Roggen und Wintergerste nur etwa den mehrjährigen Durchschnitt und blieben merklich unter dem Vorjahresergebnis und unter den Trenderwartungen. Auch Sommergerste kam im Ertrag nicht an das Vorjahr heran. Besonders gravierend jedoch waren die Ertragsdepressionen 1981 beim Raps auf dem Hügelland, der hier im Durchschnitt aller Flächen dieses Naturraumes nur knapp 21 dt/ha Ertrag brachte. Bezeichnend waren hier wie beim Getreide besonders große Ertragsunterschiede von Betrieb zu Betrieb, von Feld zu Feld.

Da auf dem Hügelland etwa drei Viertel des Raps und mehr als die Hälfte des Getreides Schleswig-Holsteins angebaut werden, sind die Ergebnisse dieses Naturraumes ausschlaggebend für die Beurteilung der Ertragssituation im ganzen Lande.

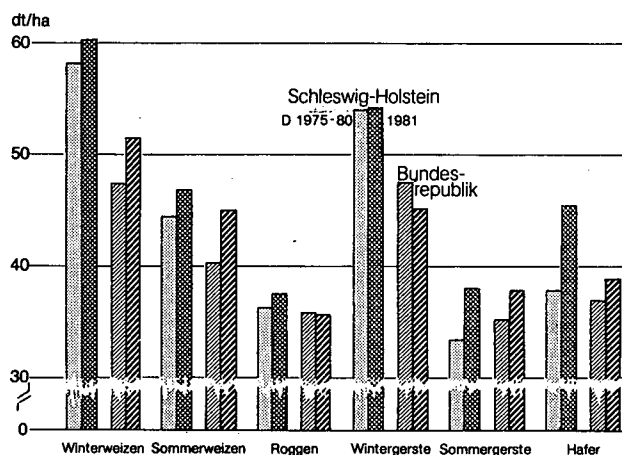
Die im Vergleich zu den übrigen Naturräumen ungünstigeren relativen Ertragsentwicklungen 1981 im Hügelland hängen unter anderem mit der besonderen Empfindlichkeit der Böden dort gegen Übernässung zusammen. Der nasse Herbst 1980 ließ durch die Bodenbearbeitung und Bestellung Schäden an der Bodenstruktur entstehen. Ferner führten eine zu späte Herbstbestellung und ein in der Hauptvegetationsperiode witterungsbegünstigter Infektionsdruck durch Pilzkrankheiten, insbesondere beim Raps, zu starken Ertragsminderungen auf den besonders betroffenen Feldern.

Schleswig-Holstein im Bund

Vergleicht man die in Schleswig-Holstein 1981 erreichten Getreideerträge mit den im Durchschnitt des Bundesgebietes erzielten Ergebnissen, so zeigt sich in allen Fällen ein Mehrertrag, der sich zwischen + 1 und + 20 % je nach Getreideart bewegt. Sogar bei der Sommergerste, deren Ertrag im mehrjährigen Durchschnitt unter Bundesniveau lag, wurde der Ertrag des

D 5217

Getreideerträge in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesergebnis



Bundesgebietes erreicht. Bei Weizen andererseits war der relative Abstand 1981 nicht so groß wie im mehrjährigen Durchschnitt. Die absoluten Erträge bei Winter- und Sommerweizen lagen jedoch sowohl im Bundesgebiet als auch in Schleswig-Holstein über dem mehrjährigen Durchschnitt.

Bei Winterraps erreichte Schleswig-Holstein den Ertrag des Bundesgebietes bei weitem nicht.

Dr. Matthias Sievers

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1 – 5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- × = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

33. Jahrgang . Heft 11/12 . November/Dezember 1981

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

Diesmal zusätzlich
Erweiterte Kreiszahlen
(Einheitliches Programm
der Statistischen Landesämter)

		1979	1980	1980			1981			
				Monats- durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 595	2 605	2 607	2 609	2 610	2 616	2 618	2 620	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 089	1 122	1 406	1 707	1 156	1 517	1 508	1 418	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,0	5,2	6,3	7,7	5,4	7,1	6,8	6,4	...
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	1 901	2 045	2 220	2 098	1 994	2 113	2 203	2 202	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	9,4	10,0	9,5	9,3	9,8	9,9	9,9	...
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 617	2 607	2 565	2 493	2 461	2 610	2 726	2 487	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,1	12,0	11,6	11,3	11,5	12,1	12,3	11,2	...
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	25	23	18	27	37	21	22	25	...
* je 1 000 Lebendgeborene		13,0	11,4	8,1	12,9	18,6	9,9	10,0	11,4	...
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 716	- 561	- 345	- 395	- 467	- 497	- 523	- 285	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 3,3	- 2,6	- 1,6	- 1,8	- 2,2	- 2,3	- 2,4	- 1,3	...
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 397	6 678	8 289	7 591	7 724	6 379	8 521	7 419	...
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 038	5 094	5 836	5 094	6 393	4 657	5 277	5 689	...
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 359	+ 1 584	+ 2 453	+ 2 497	+ 1 331	+ 1 722	+ 3 244	+ 1 730	...
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 129	10 428	11 542	11 160	11 898	9 307	11 206	11 130	...
Wanderungsfälle	Anzahl	21 564	22 200	25 667	23 845	26 015	20 343	25 004	24 238	...
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		147	150	168	158	177	138	163	159	...
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	39	39	35	36	34	51	56	58	59
darunter *Männer	1 000	18	19	16	16	16	25	29	30	31
Kurzarbeiter	1 000	2,6	1,8	0,6	0,5	1,4	6,8	4,1	5,1	6,3
darunter Männer	1 000	1,9	1,1	0,3	0,3	0,8	4,7	3,2	4,0	4,7
Offene Stellen	1 000	12,2	11,8	12,1	11,6	9,9	9,6	8,1	7,3	5,9
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 552 ^a	1 553 ^a	.	.	.	1 582	.	.	.
darunter *Milchkühe			
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	511 ^a	520 ^a	.	.	.	497	.	.	.
*Schweine	1 000	1 854 ^a	1 807 ^a	.	1 959	.	.	.	1 874	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	201 ^a	199 ^a	.	208	.	.	.	191	.
darunter *trächtig	1 000	134 ^a	134 ^a	.	137	.	.	.	127	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	41	41	38	37	51	33	31	34	47
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	256 ^b	259 ^c	249	252	276	264	244	237	232
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	5 ^b	4 ^c	2	2	3	2	2	2	2
*Schlachtsmengen ⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel)										
	1 000 t	31,9	32,2	30,5	31,1	37,4	30,1	28,0	28,6	32,2
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	11,6	11,5	10,7	10,8	15,1	9,1	8,6	9,9	13,7
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	20,1	20,5	19,6	20,1	22,0	20,8	19,2	18,5	18,3
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	286	285	284	291	297	272	275	289	293
Kälber	kg	103	101	105	103	106	104	101	99	101
Schweine	kg	80	80	80	80	80	79	79	79	80
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ⁶⁾	1 000	142	127	50	119	143	130	95	129	132
*für Legehennenküken										
*für Masthühnerküken	1 000	1 082	1 099	1 110	1 158	1 019	1 100	1 123	1 286	1 019
*Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	970	927	982	885	1 015	861	958	906	965
*Milcherzeugung										
	1 000 t	199	205	210	178	156	231	207	178	159
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	96	97	98	97	94	98	98	97	95
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,7	13,0	13,1	11,1	10,1	14,8	12,9	11,1	10,2

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember b) Winterhalbjahr 1979/80 = 6 c) Winterhalbjahr 1980/81 = 6

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1979	1980	1980			1981			
		Monats- durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	180	183	184	185	186	180	180	181	181
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	128	130	131	131	132	127	126	127	127
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	18 853	19 117	18 003	17 508	19 816	18 072	15 948	17 459	19 085
*Löhne (brutto)	Mill. DM	281,3	308,4	327,3	308,5	303,0	323,4	333,3	307,4	304,3
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	163,0	180,5	180,6	175,2	172,0	202,8	192,7	184,5	181,6
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 244	1 395	1 214	1 214	1 350	1 527	1 200	1 311	1 458
darunter Ausland	Mill. DM	314	385	258	244	329	472	357	398	419
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 381	2 595	2 451	2 313	2 715	2 966	2 570	2 616	2 989
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	372	421	353	384	440	542	535	471	512
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	19	30	38	38	31	39	32	28	31
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	30,8	29,3	21,6	26,7	28,9	32,7	30,1	36,4	36,8
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	2,4	1,1	0,9	1,2	0,7	0,8	0,7	0,6	0,3
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	28,5	28,2	20,7	25,5	28,2	31,9	29,4	35,8	36,6
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	105	105	106	101	59	87	51	87	67
*leichtes Heizöl	1 000 t	19	14	9	8	10	8	7	7	8
*schweres Heizöl	1 000 t	86	91	97	93	49	79	44	80	59
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	215	225	219	219	211	221	198	229	229
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	34	30	31	30	28	25	29	30
*Index der industriellen Nettoproduktion (landesspezifische Indizes werden bis auf weiteres nicht mehr berechnet)										
Bauhauptgewerbe⁶⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	57 160	57 610	57 965	59 234	59 032	54 777	54 272	54 639	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 486	6 582	6 401	6 873	8 211	7 132	4 813	6 865	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 024	2 971	2 688	2 995	3 603	3 213	1 941	2 979	...
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 078	1 179	1 200	1 185	1 440	1 223	850	1 235	...
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 168	2 264	2 350	2 474	2 925	2 519	1 887	2 453	...
*Löhne (brutto)	Mill. DM	108,6	119,7	121,6	124,1	145,9	138,4	104,3	127,6	...
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	17,0	18,3	18,0	17,7	17,7	20,6	18,5	18,2	...
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	331,9	417,5	441,8	377,6	561,2	517,9	408,4	447,3	...
Auftragseingang ⁷⁾	Mill. DM	257,5	251,4	283,3	223,6	318,3	219,2	265,9	213,2	...
Ausbaugewerbe										
Beschäftigte ⁸⁾	Anzahl	8 912	8 808	8 572	8 958	9 102	8 800	8 760	9 057	9 129
Geleistete Arbeitsstunden ⁸⁾	1 000	1 079	1 057	988	992	1 148	1 050	953	1 054	1 154
Löhne und Gehälter ⁸⁾	Mill. DM	18,3	19,5	20,1	19,2	20,1	21,9	21,2	20,5	21,1
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	50,4	55,9	56,0	46,7	57,6	63,7	56,0	53,1	62,0
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	674	710	543	543	572	960	994	914	...
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	767	788	672	691	698	679	653	725	...
*Gaserzeugung (brutto) ³⁾	Mill. m ³	5	4	2	2	2	2	2	2	2
Handwerk										
Handwerk (Mefzahlen)⁹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30. 9. 1976 ± 100	108,4	109,1	107,5		112,3	106,6			...
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj. -D 1976 ± 100	121,9	135,0	131,3		140,3	135,3			...

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle ± 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ ± 35,169 MJ/m³) ± 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht ± 1,46 t SKE, schwer ± 1,40 t SKE

5) 1 000 kWh Strom ± 0,123 t SKE 6) Ab März 1981 vorläufige Ergebnisse. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 7) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 8) im ausbaugewerblichen Betriebsteil 9) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1979	1980	1980			1981			
		Monats- durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 056	903	964	911	923	886	739	727	591
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	910	743	747	760	738	655	563	551	420
*2 Wohnungen	Anzahl	101	113	144	116	142	146	141	99	126
*Rauminhalt	1 000 m ³	915	825	968	772	840	863	652	765	596
*Wohnfläche	1 000 m ²	155	141	163	130	143	146	110	137	105
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	165	176	228	202	213	195	137	172	145
*Rauminhalt	1 000 m ³	678	669	916	908	645	918	405	725	614
*Nutzfläche	1 000 m ²	117	114	165	151	119	153	73	127	101
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 607	1 580	1 898	1 318	1 543	1 786	1 241	1 617	1 333
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	467,2	511,4	518,4	442,4	473,8	666,8	789,0	638,9	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	79,4	97,7	112,3	81,0	78,7	125,1	128,2	116,5	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	387,9	413,7	406,1	361,5	395,1	541,7	660,8	522,4	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	10,8	10,4	9,1	6,6	12,1	15,1	10,7	11,3	...
*Halbwaren	Mill. DM	42,6	61,6	67,1	56,7	56,6	65,1	84,0	68,6	...
*Fertigwaren	Mill. DM	334,4	341,7	329,9	298,2	326,4	461,6	566,1	442,5	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	33,8	39,3	33,0	42,5	44,9	44,3	57,7	48,2	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	300,6	302,3	296,8	255,7	281,5	417,2	508,4	394,3	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	210,8	236,4	229,0	205,6	214,3	263,4	277,5	247,8	...
darunter Frankreich	Mill. DM	39,5	52,4	49,2	50,6	42,0	52,1	55,5	42,7	...
Niederlande	Mill. DM	42,7	45,9	40,8	37,6	42,7	52,4	59,7	56,3	...
Dänemark	Mill. DM	46,7	51,2	50,9	45,5	49,9	65,8	72,1	64,9	...
Großbritannien	Mill. DM	41,2	39,2	41,0	34,0	37,6	34,2	35,7	30,2	...
*Einzelhandelsumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	211,6	221,7	230,7	214,7	211,1
*Gastgewerbeumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	174,0	184,9	280,9	278,9	215,3
Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten										
*Ankünfte	1 000	.	.	361	354	...	328	388	376	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	.	.	48	36	...	28	44	31	...
*Übernachtungen	1 000	.	.	2 967	2 861	...	2 067	2 964	3 071	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	.	.	95	73	...	52	75	53	...
Verkehr										
Seeschifffahrt¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 249	1 205	1 180	1 178	1 283
Güterversand	1 000 t	496	498	422	544	570
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	200	202	191	178	230	226	220	186	222
*Güterversand	1 000 t	227	208	202	244	232	189	195	239	184
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	9 819	9 264	9 155	7 037	8 428	9 085	8 512	6 072	...
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	299	377	424	247	153	555	392	243	...
*Lastkraftwagen (einschl. mit Spezialaufbau)	Anzahl	8 566	8 047	7 847	6 126	7 437	7 880	7 414	5 257	...
*Lastkraftwagen (einschl. mit Spezialaufbau)	Anzahl	547	536	584	403	496	430	404	344	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 401	1 474	1 791	1 715	1 705	1 692	1 485	1 857	p 1 636
*Getötete Personen	Anzahl	44	44	45	54	39	47	35	40	p 56
*Verletzte Personen	Anzahl	1 828	1 909	2 422	2 245	2 139	2 163	1 993	2 428	p 2 037

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1979	1980	1980			1981			
		Monats- durchschnitt 1)		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ²⁾										
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	46 900	52 677	49 863	49 999	50 505	55 127	55 267	55 796	56 592
darunter										
*Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	45 026	50 863	48 019	48 212	48 745	53 271	53 391	53 906	54 742
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	7 866	8 893	8 330	8 284	8 442	9 484	9 115	8 960	9 131
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	7 764	8 766	8 247	8 164	8 413	9 164	8 785	8 616	8 954
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	102	127	83	120	29	320	330	344	177
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 798	5 420	4 974	4 934	5 035	6 127	6 238	6 499	6 755
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 603	4 027	3 716	3 737	3 799	4 591	4 657	4 737	4 853
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 194	1 393	1 258	1 197	1 236	1 537	1 581	1 762	1 901
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	32 362	36 550	34 715	34 994	35 268	37 660	38 038	38 447	38 857
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	25 565	28 553	27 294	27 524	27 760	29 421	29 464	29 607	29 732
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	6 797	7 997	7 421	7 470	7 508	8 239	8 574	8 840	9 125
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	32 142	34 504	32 510	32 971	32 869	34 313	34 393	34 656	34 668
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	18 340	20 576	19 399	19 785	19 688	21 200	21 410	21 702	21 809
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	13 261	15 050	14 169	14 363	14 420	15 632	15 834	16 043	16 235
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 079	5 526	5 230	5 422	5 268	5 568	5 576	5 659	5 574
*Spareinlagen	Mill. DM	13 802	13 928	13 111	13 186	13 182	13 113	12 983	12 954	12 859
*bei Sparkassen (ab Dez. 80: Spareinlagen, Sparbriefe, Namenssparschuldverschreibungen)	Mill. DM	7 797	7 924	7 457	7 497	7 503	9 607	9 545	9 551	...
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	659	728	837	586	582	686	882	669	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	630	719	940	521	587	803	1 016	699	...
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	27	36	34	39	23	29	51	42	49
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,1	0,3	-	-	-	-	-	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	298	324	373	309	348	357
*Wechselsumme	Mill. DM	1,8	2,0	3,0	1,9	2,1	2,3
Steuern										
			Vierteljahres- durchschnitt			3.Vj.80	2.Vj.81			3.Vj.81
Steueraufkommen nach der Steuerart										
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	1 886,0	2 109,0	.	.	2 128,1	1 905,6	.	.	2 130,2
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 385,0	1 521,0	.	.	1 548,9	1 327,0	.	.	1 542,2
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	852,8	1 019,7	.	.	1 050,8	890,4	.	.	1 102,9
*veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	386,3	349,3	.	.	353,7	298,5	.	.	265,8
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	9,5	14,9	.	.	20,5	13,0	.	.	27,3
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	136,4	137,2	.	.	123,9	125,2	.	.	146,2
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	501,0	588,1	.	.	579,2	578,6	.	.	588,0
*Umsatzsteuer	Mill. DM	349,2	398,3	.	.	394,6	368,9	.	.	398,9
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	151,8	189,8	.	.	184,7	209,6	.	.	189,1
*Bundessteuern	Mill. DM	140,6	127,0	.	.	105,9	164,8	.	.	76,2
*Zölle	Mill. DM	0,4	0,3	.	.	0,5	0,3	.	.	0,1
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	130,7	116,9	.	.	98,5	156,2	.	.	76,1
*Landessteuern	Mill. DM	133,7	130,8	.	.	153,2	133,2	.	.	114,1
*Vermögensteuer	Mill. DM	27,2	28,6	.	.	23,8	23,5	.	.	26,5
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	76,0	67,8	.	.	94,6	75,4	.	.	82,3
*Biersteuer	Mill. DM	4,2	4,3	.	.	5,3	4,4	.	.	5,2
*Gemeindesteuern	Mill. DM	284,9	288,3	.	.	311,9	274,5
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,0	7,1	.	.	7,1	7,1
*Grundsteuer B	Mill. DM	49,9	50,3	.	.	58,9	47,8
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	188,4	203,8	.	.	222,6	200,1
*Lohnsummensteuer	Mill. DM	20,2	4,7	.	.	0,2	0,1
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 077,8	1 132,6	.	.	1 125,6	1 088,8	.	.	1 101,6
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	559,7	582,0	.	.	601,4	511,1	.	.	597,2
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	338,2	397,0	.	.	391,0	390,5	.	.	396,9
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	39,3	26,6	.	.	27,3	22,4	.	.	24,1
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 105,3	1 190,4	.	.	1 228,6	1 077,3	.	.	1 207,9
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	643,9	714,7	.	.	716,3	620,3	.	.	717,8
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	288,4	318,4	.	.	331,8	317,6	.	.	325,2
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	39,4	26,6	.	.	27,3	22,4	.	.	24,1
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	386,1	456,4	.	.	454,6	436,6
*Gewerbsteuer			
nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	109,6	150,5	.	.	168,0	156,0
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	179,9	221,3	.	.	197,3	206,2

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	1979	1980	1980			1981				
			Monats- durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet 1976 = 100										
Einfuhrpreise	109,1	125,3	124,2	r 124,3	124,7	144,5	146,8	149,1
Ausfuhrpreise	108,2	115,1	115,2	115,3	115,6	121,5	122,3	122,9
Grundstoffpreise ⁶⁾ (1970 = 100)	156,1	173,6	172,6	172,8	174,6	192,5	195,1	197,4
Erzeugerpreise ⁶⁾										
gewerblicher Produkte ⁶⁾	108,9	117,1	117,6	117,6	117,7	125,8	127,1	128,0	128,2	128,2
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	96,9	99,3	96,4	95,4	97,2	101,9	p 102,6	p 103,0	p 106,8	p 106,8
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	121,1	134,1	.	136,1	.	.	.	143,4	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 6)	106,0	112,7	112,9	112,7	112,6	121,7	122,4	p 123,3	p 124,1	p 124,1
Einzelhandelspreise	110,1	116,1	116,8	116,7	116,5	122,6	122,7	122,5	123,1	123,1
*Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte darunter für	110,9	117,0	117,6	117,7	117,7	123,9	124,4	124,8	125,4	125,4
*Nahrungs- und Genußmittel	108,2	112,7	113,5	113,6	112,9	118,8	118,5	117,9	118,3	118,3
Kleidung, Schuhe	114,2	120,8	120,7	121,2	122,1	126,5	126,7	127,0	127,9	127,9
Wohnungsmieten	109,8	115,4	115,7	116,0	116,5	120,2	120,7	121,3	121,7	121,7
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	124,8	137,6	137,5	135,5	134,7	152,9	157,2	162,9	164,7	164,7
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	110,2	116,7	116,6	116,8	117,4	123,5	123,6	123,5	124,0	124,0
Löhne und Gehälter										
- Effektivverdienste in DM -										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	577	609	620	.	.	.	644	.	.	.
darunter *Facharbeiter	607	644	656	.	.	.	680	.	.	.
*weibliche Arbeiter	377	400	407	.	.	.	427	.	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	361	385	391	.	.	.	410	.	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	13,45	14,35	14,62	.	.	.	15,34	.	.	.
darunter *Facharbeiter	14,16	15,14	15,45	.	.	.	16,16	.	.	.
*weibliche Arbeiter	9,37	9,99	10,14	.	.	.	10,69	.	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	8,97	9,60	9,73	.	.	.	10,27	.	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	42,7	42,4	42,4	.	.	.	41,9	.	.	.
weibliche Arbeiter (Stunden)	40,1	40,1	40,2	.	.	.	39,9	.	.	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 086	3 319	3 356	.	.	.	3 533	.	.	.
*weiblich	2 126	2 272	2 300	.	.	.	2 434	.	.	.
Technische Angestellte										
*männlich	3 305	3 526	3 581	.	.	.	3 750	.	.	.
*weiblich	2 040	2 192	2 217	.	.	.	2 350	.	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	2 675	2 863	2 889	.	.	.	3 041	.	.	.
*weiblich	1 806	1 943	1 962	.	.	.	2 071	.	.	.
Technische Angestellte										
männlich	2 735	2 955	2 996	.	.	.	3 089	.	.	.
weiblich
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	2 808	3 008	3 038	.	.	.	3 196	.	.	.
weiblich	1 893	2 035	2 055	.	.	.	2 171	.	.	.
Technische Angestellte										
männlich	3 267	3 490	3 543	.	.	.	3 709	.	.	.
weiblich	2 035	2 192	2 215	.	.	.	2 349	.	.	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter 3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

Jahreszahlen A

Erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahres- mittel) in 1 000	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
1976	2 583	5,6	9,6	12,4	- 7	8	1 059	76	364	222	396
1977	2 586	5,5	9,0	12,0	- 8	12	1 065	71	387	218	389
1978	2 589	4,9	9,0	12,1	- 8	12	1 089	81	368	222	417
1979	2 595	5,0	8,8	12,1	- 9	16	1 103	77	362	222	441
1980	2 605	5,2	9,4	12,0	- 7	19	1 128	73	384	220	451

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen								Bruttoinlandsprodukt				
	Schüler im September in				von 100 Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1970		
	Grund-, Haupt- und Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schul- versuchen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund ²⁾ 100
	in 1 000												
1976	268	83	75	2	16	41	29	13					
1977	259	87	79	2	15	42	30	12	43 073 ^a		28 646 ^a		93,9 ^a
1978	245	89	83	2	13	43	32	12	45 771 ^a	6,3 ^a	29 504 ^a	3,0 ^a	93,7 ^a
1979	229	89	86	3	13	41	33	13	49 179 ^b	7,4 ^b	30 540 ^b	3,5 ^b	92,7 ^b
1980	215	87	87	3	53 044 ^b	7,9 ^b	31 463 ^b	3,0 ^b	93,9 ^b

Jahr	Landwirtschaft											
	Viehbestand am 3. 12.					Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung 4)		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ³⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben	
	insgesamt	darunter Milchkühe ²⁾										
	in 1 000											
1976	1 560	513	1 696	4 450	488	2 913	2 276	4 478	1 737	109	813	
1977	1 565	515	1 796	4 528	480	3 035	2 339	4 551	1 990	223	869	
1978	1 585	518	1 856	4 214	496	3 236	2 418	4 685	2 209	173	713	
1979	1 552	511	1 854	3 926	527	3 269	2 393	4 652	2 015	153	687	
1980	1 553	520	1 807	4 124	523	3 312	2 459	4 768	2 071	142	720	

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁵⁾										Bauhaupt- gewerbe
	Beschäftigte ⁶⁾ (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Millionen	Löhne	Gehälter	Umsatz ⁶⁾ (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch ⁷⁾			
	insgesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle in 1 000 t SKE	Heizöl		
	in 1 000		Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM		ins- gesamt		mittel- schwer, schwer	Beschäft- tigte am 30. 6. in 1 000	
	in 1 000										
1976	171	123	228	2 822	1 532	22 331	4 336	238	1 006	791	54
1977	181	129	235	3 086	1 711	25 794	4 923	167	985	757	53
1978	179	127	228	3 198	1 832	26 334	4 362	177	1 008	774	56
1979	180	128	226	3 376	1 956	28 576	4 464	231	1 260	1 033	58
1980	183	130	229	3 701	2 166	31 134	5 049	365	1 255	1 091	58

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen

2) ohne Ammen- und Mutterkühe

3) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

4) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebieltlichen Versandes, ohne übergebieltlichen Empfang

5) 1976: Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten (ohne Handwerk),

ab 1977: Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; der Vergleich mit früheren Jahren ist hauptsächlich durch die Einbeziehung des Handwerks nicht möglich (siehe auch Statistischen Bericht E I 1)

6) 1976 ohne Beschäftigte bzw. Umsatz außerhalb des verarbeitenden Gewerbes

7) 1 t Steinkohle $\hat{=}$ 1 t SKE (29 308 MJ); 1 t Heizöl, leicht $\hat{=}$ 1,46 t SKE, schwer $\hat{=}$ 1,40 t SKE

a) Vorläufige Ergebnisse, Berechnungsstand: April 1981 b) Erste vorläufige Ergebnisse, Berechnungsstand: April 1981

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. Juni 1981			Bevölkerungsveränderung im Juni 1981			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im September 1981 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn oder -verlust (-)	Bevölkerungszunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahresmonat 1)						
		in %							
FLENSBURG	87 567	- 0,2	- 0,7	- 12	- 169	- 181	52	2	57
KIEL	249 805	- 0,0	- 0,2	- 62	- 17	- 79	137	2	156
LÜBECK	219 694	- 0,1	- 0,8	- 143	- 112	- 255	152	-	170
NEUMÜNSTER	80 048	+ 0,1	- 0,2	- 24	65	41	64	-	70
Dithmarschen	130 694	+ 0,1	+ 0,2	- 43	119	76	76	6	82
Hzgt. Lauenburg	156 702	+ 0,1	+ 1,0	- 79	215	136	94	3	114
Nordfriesland	162 346	+ 0,1	+ 0,4	15	165	180	110	5	154
Ostholstein	193 049	+ 0,2	+ 1,0	- 57	480	423	131	3	161
Pinneberg	260 567	- 0,0	+ 0,3	- 45	7	- 38	156	4	206
Plön	116 199	+ 0,1	+ 0,1	- 15	122	107	76	5	104
Rendsburg-Eckernförde	246 049	+ 0,1	+ 0,9	27	183	210	154	8	221
Schleswig-Flensburg	182 216	+ 0,0	+ 0,4	- 14	95	81	78	2	106
Segeberg	211 073	+ 0,1	+ 1,1	30	142	172	156	5	193
Steinburg	128 996	- 0,1	+ 0,1	- 34	- 33	- 67	89	3	107
Stormarn	190 710	+ 0,2	+ 1,8	- 41	460	419	111	8	136
Schleswig-Holstein	2 615 715	+ 0,0	+ 0,4	- 497	1 722	1 225	1 636	56	2 037

KREISFREIE STADT Kreis	Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe ³⁾ am 30. 9. 1980		Verarbeitendes Gewerbe ⁴⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1981		
	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Betriebe am 30. 9. 1981	Beschäftigte am 30. 9. 1981	Umsatz ⁵⁾ im September 1981 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁶⁾	
							Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	9 967	113	78	9 518	134	33 144	29 842	341
KIEL	27 806	111	142	26 908	285	93 927	84 951	340
LÜBECK	26 712	121	152	25 601	377	81 589	73 443	334
NEUMÜNSTER	11 175	139	81	10 506	118	33 408	29 678	371
Dithmarschen	8 109	62	78	7 716	351	62 776	50 331	385
Hzgt. Lauenburg	9 541	61	104	9 056	97	67 089	57 656	368
Nordfriesland	3 386	21	58	3 142	81	74 162	59 875	369
Ostholstein	6 901	36	92	6 191	106	80 873	69 190	358
Pinneberg	24 263	93	194	22 318	307	115 324	100 791	387
Plön	3 046	26	46	2 871	31	54 197	45 701	393
Rendsburg-Eckernförde	12 137	50	131	11 416	203	111 694	93 358	379
Schleswig-Flensburg	5 743	32	90	5 344	112	86 481	70 004	384
Segeberg	16 021	76	179	15 219	219	108 192	93 013	441
Steinburg	10 596	82	93	9 815	196	59 409	48 676	377
Stormarn	17 268	91	145	15 701	371	87 142	76 561	401
Schleswig-Holstein	192 671	74	1 663	181 322	2 989	1 149 407	983 070	376

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 6. 1981 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) in Industriebetrieben jeder Größe sowie in Betrieben von Unternehmen des Handwerks mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten
4) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 5) ohne Umsatzsteuer 6) einschließlich Kombinationskraftwagen

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. März 1981			Arbeitsmarkt			*Bruttoinlandsprodukt 1980 ^{a)}		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 31. 8. 1981	Kurzarbeiter Monatsmitte August 1981	offene Stellen am 31. 8. 1981	Mrd. DM in jeweiligen Preisen	Anteil des produzie- renden Bereichs 6) in %	DM je Erwerbs- tätigen in konstanten Preisen ⁷⁾ Bund ⁸⁾ 100
		VZ 1970	Vorjahres- stand						
		in %							
Schleswig-Holstein	2 612,1	+ 4,7	+ 0,4	58	5	7	53	44,8	93,9
Hamburg	1 642,7	- 8,4	- 0,5	35	1	7	72	35,8	133,4
Niedersachsen	7 256,9	+ 2,5	+ 0,2	179	12	21	152	50,3	91,8
Bremen	693,6	- 4,1	- 0,0	21	0	3	22	43,1	110,9
Nordrhein-Westfalen	17 050,0	+ 0,8	+ 0,1	431	54	48	409	50,1	105,8
Hessen	5 600,8	+ 4,1	+ 0,3	95	12	19	141	41,9	102,8
Rheinland-Pfalz	3 641,5	- 0,1	+ 0,2	71	12	11	80	55,3	102,1
Baden-Württemberg	9 265,7	+ 4,2	+ 0,5	125	32	41	238	56,4	98,5
Bayern	10 932,4	+ 4,3	+ 0,5	198	33	41	250	49,1	89,3
Saarland	1 065,3	- 4,9	- 0,3	31	2	2	23	53,2	92,3
Berlin (West)	1 893,5	- 10,8	- 0,3	45	4	8	53	49,5	109,6
Bundesgebiet	61 654,3	+ 1,7	+ 0,3	1 289	167	206	1 495	49,5	100

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Wohnungswesen im Juni 1981	
	Beschäftigte am 31. 7. 1981 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Juli 1981		Beschäftigte am 30. Juni 1981		zum Bau genehmigte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslands- umsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	180	2 570	21	55	21	1 241	4,7
Hamburg	165	6 816	10	30	18	389	2,4
Niedersachsen	704	9 622	27	152	21	4 121	5,7
Bremen	89	1 308	21	15	22	400	5,8
Nordrhein-Westfalen	2 150	31 107	26	282	17	7 993	4,7
Hessen	655	7 318	27	104	19	2 560	4,6
Rheinland-Pfalz	391	5 989	35	73	20	2 066	5,7
Baden-Württemberg	1 470	17 264	28	198	21	6 922	7,5
Bayern	1 357	17 081	29	265	24	7 848	7,2
Saarland	153	1 643	27	21	20	722	6,8
Berlin (West)	176	2 708	12	34	18	378	2,0
Bundesgebiet	7 489	103 427	26	1 229	20	34 640	5,6

Land	Straßenverkehrsunfälle ⁴⁾ mit Personenschaden im Juli 1981				Bestand an Spar- einlagen ⁵⁾ am 31. 8. 1981 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
						im 2. Vierteljahr 1981		
in DM je Einwohner								
Schleswig-Holstein	1 485	35	1 993	137	4 952	417	430	...
Hamburg	818	19	1 037	129	8 248	793	3 221	...
Niedersachsen	3 401	144	4 536	138	6 034	416	464	...
Bremen	349	9	405	119	6 762	527	1 240	...
Nordrhein-Westfalen	9 078	225	11 594	130	6 878	466	793	...
Hessen	2 649	88	3 482	135	7 520	493	682	...
Rheinland-Pfalz	1 907	59	2 537	136	6 771	420	536	...
Baden-Württemberg	4 775	162	6 293	135	7 355	520	727	...
Bayern	7 573	288	10 300	140	7 661	454	551	...
Saarland	537	16	695	132	6 488	410	490	...
Berlin (West)	1 153	18	1 435	126	6 730	363	1 141	...
Bundesgebiet	33 725	1 063	44 307	135	6 984	469	736	...

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Vorläufige Werte

4) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 5) ohne Postspareinlagen

a) Erstes vorläufiges Ergebnis Berechnungsstand: April 1981

Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Fläche am 31. 12. 1980 in km ²	Gemeinden am 31. 12. 1980	Bevölkerung am 31. Dezember 1980			Eheschließungen 1980		Lebendgeborene 1980	
			insgesamt	männlich	Einwohner je km ²	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLensburg	56,35	1	87 862	41 182	1 559	492	5,6	853	9,7
KIEL	110,37	1	250 062	118 188	2 266	1 288	5,1	2 259	9,0
LÜBECK	214,23	1	220 588	102 340	1 030	1 291	5,8	2 002	9,0
NEUMÜNSTER	71,56	1	80 145	37 692	1 120	471	5,9	737	9,2
Dithmarschen	1 404,51	118	130 490	62 284	93	706	5,4	1 308	10,0
Hzgt. Lauenburg	1 264,56	133	155 930	75 841	123	744	4,8	1 443	9,3
Nordfriesland	2 041,38	137	161 660	79 079	79	911	5,6	1 510	9,3
Ostholstein	1 390,47	39	191 715	90 854	138	928	4,9	1 676	8,8
Pinneberg	662,25	49	260 328	125 929	393	1 297	5,0	2 394	9,2
Plön	1 081,39	86	116 379	57 191	108	589	5,1	1 085	9,3
Rendsburg-Eckernförde	2 185,53	166	245 483	120 049	112	1 267	5,2	2 335	9,6
Schleswig-Flensburg	2 071,12	136	181 740	90 772	88	910	5,0	1 861	10,3
Segeberg	1 344,31	95	210 384	102 681	156	1 046	5,0	2 094	10,0
Steinburg	1 055,89	114	129 092	62 096	122	608	4,7	1 202	9,3
Stormarn	766,30	55	189 427	91 901	247	912	4,9	1 786	9,5
Schleswig-Holstein	15 720,23	1 132	2 611 285	1 258 079	166	13 460	5,2	24 545	9,4

KREISFREIE STADT Kreis	Gestorbene (ohne Totgeborene) 1980		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Über die Kreisgrenze		Wanderungs- gewinn (+) oder -verlust (-)	Ärzte am 31. 12. 1980		Zahnärzte am 31. 12. 1980
	Anzahl	je 1 000 Einwohner		Zugezogene 1980	Fortgezogene 1980		insgesamt ¹⁾	darunter in freier Praxis	
FLensburg	1 290	14,6	- 437	6 411	6 922	- 511	265	142	56
KIEL	3 485	13,9	- 1 226	16 565	16 027	+ 538	1 296	337	252
LÜBECK	3 200	14,5	- 1 198	10 951	11 285	- 334	856	324	152
NEUMÜNSTER	1 050	13,1	- 313	3 815	3 688	+ 127	215	98	54
Dithmarschen	1 835	14,1	- 527	5 027	4 239	+ 788	249	125	71
Hzgt. Lauenburg	1 923	12,4	- 480	8 239	6 445	+ 1 794	218	123	71
Nordfriesland	1 788	11,1	- 278	9 445	8 357	+ 1 088	287	157	73
Ostholstein	2 273	11,9	- 597	11 771	9 280	+ 2 491	392	182	105
Pinneberg	2 794	10,8	- 400	13 940	12 168	+ 1 772	389	239	138
Plön	1 258	10,8	- 173	6 507	5 919	+ 588	198	105	60
Rendsburg-Eckernförde	2 694	11,0	- 359	13 462	11 090	+ 2 372	436	196	123
Schleswig-Flensburg	1 969	10,9	- 108	9 549	8 569	+ 980	280	144	77
Segeberg	2 027	9,7	+ 67	13 152	10 131	+ 3 021	339	159	89
Steinburg	1 633	12,7	- 431	5 109	4 504	+ 605	182	93	50
Stormarn	2 059	11,0	- 273	12 740	9 045	+ 3 695	263	155	84
Schleswig-Holstein	31 278	12,0	- 6 733	146 683	127 669	+ 19 014	5 865	2 579	1 455

1) ohne Landespolizei und Bundesgrenzschutz

Noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Nutzungsarten der Bodenflächen 1981								
	Gebäude und Freifläche	Betriebsfläche	Erholungsfläche	Verkehrsfläche	Landwirtschaftsfläche	Waldfläche	Wasserfläche	Flächen anderer Nutzung	Gesamtfläche
	ha								
FLENSBURG	1 377	17	298	629	1 796	327	807	384	5 635
KIEL	3 200	220	150	2 151	4 523	300	359	134	11 037
LÜBECK	3 666	92	509	1 692	9 623	2 580	3 062	194	21 418
NEUMÜNSTER	1 882	77	293	691	3 712	228	190	83	7 156
Dithmarschen	5 752	1 732	507	5 737	114 329	3 990	5 754	2 656	140 457
Hzgt. Lauenburg	5 123	438	511	4 605	79 434	30 296	5 327	722	126 456
Nordfriesland	7 213	622	2 200	8 434	167 172	6 406	6 135	5 950	204 132
Ostholstein	6 360	499	1 342	4 378	107 428	10 979	5 901	2 159	139 046
Pinneberg	6 917	446	535	3 581	46 322	3 694	3 497	1 233	66 225
Plön	4 144	253	435	2 862	78 136	10 815	11 105	390	103 140
Rendsburg-Eckernförde	8 840	938	549	7 243	168 949	21 512	8 480	2 044	218 555
Schleswig-Flensburg	6 750	1 089	803	6 958	168 167	10 676	11 224	1 443	207 110
Segeberg	6 489	481	718	4 992	99 960	18 809	2 073	910	134 432
Steinburg	4 622	403	164	3 255	82 200	7 668	6 174	1 103	105 589
Stormarn	5 627	526	460	3 116	56 265	9 118	1 050	468	76 630
Schleswig-Holstein	77 962	7 833	9 474	60 324	1 188 016	137 398	71 138	19 873	1 572 018

KREISFREIE STADT Kreis	Viehbestand am 1. Dezember 1980						Milcherzeugung im Jahre 1980		Jahresmilchleistung 1980 in kg je Kuh
	Rindvieh		Schweine		Jung- und Legehennen (einschl. Küken)	Schlacht- und Masthühner und -hähne sowie sonstige Hähne (einschl. Küken)	1 000 t	darunter an Molkereien u. Händler geliefert in %	
	insgesamt	darunter Milchkühe 1)	insgesamt	darunter Zuchtsauen					
FLENSBURG	*	*	*	*	*	*	*	*	*
KIEL	1 131	316	918	96	18 354	6	.	.	.
LÜBECK	3 043	1 010	909	74	24 815	2 845	.	.	.
NEUMÜNSTER	4 098	1 315	10 098	1 284	51 012	63	.	.	.
	4 501	1 731	3 116	417	7 752	12	.	.	.
Dithmarschen	183 326	47 559	98 725	14 903	166 944	193 268	208	96,2	4 425
Hzgt. Lauenburg	58 374	19 327	156 763	16 778	191 450	81 814	93	96,4	4 844
Nordfriesland	260 225	82 698	192 178	26 016	87 857	1 288	386	96,5	4 752
Ostholstein	51 759	18 857	154 175	16 511	383 072	80 781	107	96,9	5 244
Pinneberg	72 347	24 464	43 354	6 280	155 658	28 449	111	96,6	4 565
Plön	75 895	27 899	95 123	11 615	213 238	78 616	154	96,9	5 023
Rendsburg-Eckernförde	240 695	88 275	193 389	23 750	251 397	94 684	412	96,8	4 703
Schleswig-Flensburg	278 935	93 801	393 448	34 096	140 608	1 116	454	96,9	4 882
Segeberg	118 580	42 609	226 192	20 982	1 024 895	253 946	215	97,0	5 031
Steinburg	153 969	53 027	128 021	13 844	242 229	193 917	232	96,6	4 428
Stormarn	45 642	17 209	110 930	11 883	153 212	300	87	96,9	5 068
Schleswig-Holstein	1 552 520	520 097	1 807 339	198 529	3 112 493	1 011 105	2 459	96,7	4 768

1) ohne Ammen- und Mutterkühe

Noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe 1) am 30. September 1980		Verarbeitendes Gewerbe 1980 ²⁾						
	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Betriebe 2)	Beschäftigte (einschl. Auszubildender)			geleistete Arbeiter- stunden in 1 000	Löhne und Gehälter (brutto)	
				insgesamt	davon			insgesamt	darunter Löhne
					Ange- stellte 3)	Arbeiter			
Monatsdurchschnitt									
FLENSBURG	9 967	113	76	9 585	2 490	7 095	13 126	285 909	188 794
KIEL	27 806	111	142	26 986	9 332	17 654	29 805	902 731	517 659
LÜBECK	26 712	121	154	26 300	7 487	18 813	34 015	831 468	541 447
NEUMÜNSTER	11 175	139	78	10 814	2 673	8 141	13 625	334 901	230 895
Dithmarschen	8 109	62	87	7 683	1 991	5 692	10 877	259 362	176 662
Hzgt. Lauenburg	9 541	61	100	8 970	2 268	6 702	11 976	272 461	188 620
Nordfriesland	3 386	21	57	3 085	716	2 369	4 240	91 033	67 652
Ostholstein	6 901	36	89	6 234	1 974	4 260	7 391	173 946	103 389
Pinneberg	24 263	93	201	23 077	8 467	14 610	25 612	765 437	397 556
Plön	3 046	26	46	2 812	756	2 056	3 574	81 493	53 928
Rendsburg-Eckernförde	12 137	50	129	11 307	2 545	8 762	15 572	330 658	241 158
Schleswig-Flensburg	5 743	32	86	5 341	1 069	4 272	8 407	149 784	111 696
Segeberg	16 021	76	178	14 969	4 841	10 128	17 739	504 832	296 018
Steinburg	10 596	82	92	10 063	2 077	7 986	13 850	339 022	246 415
Stormarn	17 268	91	144	16 257	4 923	11 334	19 596	543 746	338 766
Schleswig-Holstein	192 671	74	1 659	183 495	53 616	129 879	229 405	5 866 786	3 700 657

KREISFREIE STADT Kreis	Noch: Verarbeitendes Gewerbe 1980 ²⁾						
	Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)		Kohle- verbrauch in t SKE ⁴⁾	Heizölverbrauch		Gas- verbrauch ⁵⁾ in 1 000 m ³	Strom- verbrauch in 1 000 kWh
	insgesamt	darunter Auslands- umsatz		insgesamt	darunter mittelschwer, schwer		
1 000 DM							
FLENSBURG	1 652 531	383 495	-	35 882	30 211	148	111 379
KIEL	3 178 348	978 750	.	32 231	10 014	7 154	177 661
LÜBECK	3 197 651	776 746	.	36 066	18 226	96 812	284 561
NEUMÜNSTER	1 105 528	283 629	.	5 920	1 409	8 985	169 791
Dithmarschen	3 669 974	500 473	.	757 209	747 835	63 643	630 460
Hzgt. Lauenburg	1 037 467	162 626	.	18 396	9 644	6 681	68 012
Nordfriesland	787 333	32 886	-	4 485	1 504	-	27 891
Ostholstein	1 071 893	183 060	.	12 782	10 074	7 486	51 049
Pinneberg	3 317 874	599 010	7	58 822	32 250	42 638	268 822
Plön	365 326	21 108	.	4 398	1 124	9 154	34 242
Rendsburg-Eckernförde	1 769 567	151 540	.	28 581	13 330	15 741	101 862
Schleswig-Flensburg	1 342 073	135 857	.	44 572	34 369	3 039	90 590
Segeberg	2 356 533	314 575	-	15 826	2 865	41 463	134 258
Steinburg	1 873 865	126 734	.	175 626	167 900	32 415	387 266
Stormarn	4 408 473	398 407	734	24 469	9 954	15 891	157 139
Schleswig-Holstein	31 134 436	5 048 898	364 851	1 255 265	1 090 709	351 251	2 694 980

1) in Industriebetrieben jeder Größe sowie in Handwerksbetrieben mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 3) einschließlich tätiger Inhaber 4) 1 t Steinkohle $\hat{=}$ 1 t SKE (29 308 MJ)

5) 1 000 m³ Gas (H₂ = 35,169 MJ/m³) $\hat{=}$ 1,2 t SKE

Noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Wohnungsbestand am 31.12.1980		Fertiggestellte Wohngebäude 1980		Fertiggestellte Wohnungen ¹⁾ 1980		
	Wohngebäude	Wohnungen	insgesamt	darunter Gebäude mit 1 und 2 Wohnungen	insgesamt	und zwar	
						in Wohngebäuden mit 1 und 2 Wohnungen	öffentlich gefördert ²⁾
FLensburg	* 12 354	* 42 484	* 277	* 252	* 599	* 263	* 21
KIEL	28 459	114 549	514	474	868	504	359
LÜBECK	35 326	103 095	294	260	588	292	72
NEUMÜNSTER	14 840	36 408	257	230	503	247	142
Dithmarschen	38 031	55 026	825	795	1 112	841	199
Hzgt. Lauenburg	35 655	65 514	877	847	1 307	923	200
Nordfriesland	44 802	73 979	965	862	1 923	1 017	233
Ostholstein	42 461	85 438	752	719	1 179	803	157
Pinneberg	51 830	107 211	1 314	1 270	1 923	1 374	206
Plön	27 405	47 087	532	522	753	588	122
Rendsburg-Eckernförde	56 020	96 940	1 484	1 441	2 102	1 584	471
Schleswig-Flensburg	43 741	68 725	1 130	1 111	1 501	1 231	315
Segeberg	44 474	79 641	1 536	1 518	1 921	1 629	227
Steinburg	31 691	54 852	531	515	644	544	150
Stormarn	40 727	75 990	1 441	1 387	2 286	1 516	123
Schleswig-Holstein	547 816	1 106 939	12 729	12 203	19 209	13 356	2 997

KREISFREIE STADT Kreis	Noch: Fertiggestellte Wohnungen ¹⁾ 1980				Fertiggestellte Wohnräume ¹⁾ 1980 insgesamt mit 6 oder mehr m ² einschl. Küchen	Bauüberhang am 31.12.1980	
	Von den Wohnungen hatten ... Wohnräume mit 6 oder mehr m ² einschl. Küchen					Wohnungen ³⁾	
	1 und 2	3	4	5 und mehr	im Bau	noch nicht begonnen	
FLensburg	* 76	* 153	* 122	* 248	* 2 434	* 312	* 217
KIEL	2	5	297	568	4 512	1 471	253
LÜBECK	48	125	146	269	2 621	978	170
NEUMÜNSTER	23	76	141	263	2 417	772	73
Dithmarschen	141	85	248	638	5 258	784	187
Hzgt. Lauenburg	47	159	270	831	6 518	781	391
Nordfriesland	430	357	343	793	7 923	1 276	620
Ostholstein	107	187	223	662	5 492	1 613	549
Pinneberg	101	193	400	1 229	9 308	1 679	634
Plön	55	59	138	501	3 812	658	232
Rendsburg-Eckernförde	140	233	422	1 307	10 415	2 287	434
Schleswig-Flensburg	63	161	287	990	7 535	1 074	247
Segeberg	53	98	275	1 495	9 975	1 530	721
Steinburg	4	37	176	427	3 327	664	157
Stormarn	103	204	460	1 519	11 134	1 540	474
Schleswig-Holstein	1 389	2 132	3 948	11 740	92 681	17 419	5 359

1) in Wohn- und Nichtwohngebäuden

2) 1. und 2. Förderungsweg zusammen

3) durch Errichtung neuer Gebäude

Noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1981					Straßenverkehrsunfälle 1980			
	insgesamt	darunter			Personen- kraftwagen 1) je 1 000 Einwohner	Unfälle mit Personen- schaden	verun- glückte Personen	darunter	
		Personen- kraftwagen 1)	Last- kraftwagen	Zug- maschinen 2)				Getötete	Schwer- verletzte
FLensburg	33 144	29 842	1 885	229	341	504	619	6	138
KIEL	93 927	84 951	4 816	610	340	1 582	2 040	18	396
LÜBECK	81 589	73 443	4 510	876	334	1 542	1 860	33	481
NEUMÜNSTER	33 408	29 678	2 157	485	371	641	770	10	151
Dithmarschen	62 776	50 331	2 985	7 585	385	961	1 314	32	496
Hzgt. Lauenburg	67 089	57 656	2 722	4 545	368	964	1 352	37	369
Nordfriesland	74 162	59 875	3 528	8 341	369	1 134	1 551	41	532
Ostholstein	80 873	69 190	3 711	5 483	358	1 430	1 954	56	606
Pinneberg	115 324	100 791	6 236	4 663	387	1 667	2 141	42	567
Plön	54 197	45 701	2 234	4 506	393	848	1 154	20	307
Rendsburg-Eckernförde	111 694	93 358	5 058	9 990	379	1 709	2 319	45	611
Schleswig-Flensburg	86 481	70 004	3 788	9 974	384	1 060	1 471	51	417
Segeberg	108 192	93 013	5 352	6 452	441	1 601	2 188	50	487
Steinburg	59 409	48 676	3 069	5 719	377	829	1 120	41	324
Stormarn	87 142	76 561	4 382	3 441	401	1 212	1 574	41	367
Schleswig-Holstein	1 149 407	983 070	56 433	72 899	376	17 684	23 427	523	6 249

KREISFREIE STADT Kreis	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände							
	Schulden am 31. 12. 1980 (ohne Kassenkredite)				hauptberuflich vollbeschäftigtes Personal am 30. 6. 1980			
	Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden und Ämter		Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden und Ämter	
	1 000 DM	DM je Einwohner	1 000 DM	DM je Einwohner	Anzahl ³⁾	je 10 000 Einwohner 4)	Anzahl ³⁾	je 10 000 Einwohner 4)
FLensburg	91 644	1 039	91 644	1 039	1 386	156	1 386	156
KIEL	338 497	1 352	338 497	1 352	4 368	174	4 368	174
LÜBECK	415 593	1 876	415 593	1 876	4 013	181	4 013	181
NEUMÜNSTER	162 596	2 027	162 596	2 027	1 089	136	1 089	136
Dithmarschen	103 085	790	84 459	648	1 258	97	787	60
Hzgt. Lauenburg	103 959	670	88 250	569	1 226	79	845	55
Nordfriesland	166 197	1 027	116 936	723	1 746	109	1 098	68
Ostholstein	154 741	810	143 515	751	1 653	87	1 136	60
Pinneberg	194 909	750	171 656	660	2 273	88	1 638	63
Plön	153 347	1 321	138 619	1 194	922	80	551	48
Rendsburg-Eckernförde	150 545	617	136 107	558	1 753	72	1 148	47
Schleswig-Flensburg	132 713	732	95 609	527	1 226	68	673	37
Segeberg	116 895	560	108 323	519	1 559	75	1 154	56
Steinburg	117 416	911	100 915	783	1 188	92	733	57
Stormarn	154 632	825	121 489	648	1 429	77	973	52
Krankenhäuser	x	x	x	x	8 029	31	3 616	14
Schleswig-Holstein	2 556 769	981	2 314 208	888	35 118	135	25 208	97

1) einschließlich Kombinationskraftwagen 2) zulassungspflichtige 3) ohne Personal der Zweckverbände und Wirtschaftsunternehmen
4) Bevölkerungsstand 31. 12. des Vorjahres

Noch: Erweiterte Kreiszahlen

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am 30. 6. 1980									
	insgesamt				darunter im Wirtschaftsbereich					
	zusammen	männlich	darunter Ausländer		Produzierendes Gewerbe 1)		Handel und Verkehr		übrige Dienstleistungen	
			zusammen	männlich	zusammen	männlich	zusammen	männlich	zusammen	männlich
FLENSBURG	38 836	21 970	2 266	1 352	13 787	10 428	10 550	5 782	14 381	5 681
KIEL	109 595	63 710	4 873	3 172	38 605	30 674	23 614	11 832	47 138	21 032
LÜBECK	84 893	49 293	5 591	3 639	38 188	28 704	19 385	10 022	26 838	10 230
NEUMÜNSTER	31 070	18 653	1 378	1 063	14 977	11 247	7 700	4 191	8 239	3 125
Dithmarschen	33 234	21 571	640	459	15 781	13 005	6 462	3 384	9 781	4 173
Hzgt. Lauenburg	31 943	18 859	1 810	1 171	16 345	12 359	4 043	1 691	10 419	3 881
Nordfriesland	41 391	24 868	1 066	644	12 350	10 275	8 456	4 262	19 254	9 190
Ostholstein	45 594	25 500	1 497	1 000	16 288	12 585	8 519	4 022	18 947	7 469
Pinneberg	69 683	41 570	5 978	4 023	36 361	26 334	13 691	7 110	16 004	5 558
Plön	19 985	11 751	669	460	7 940	6 314	3 516	1 770	7 151	2 603
Rendsburg-Eckernförde	56 829	36 088	1 617	1 267	25 719	20 858	10 385	5 504	18 220	7 767
Schleswig-Flensburg	36 321	22 159	684	419	14 775	11 758	5 848	2 878	13 772	5 882
Segeberg	53 798	31 497	3 641	2 461	25 971	18 900	12 932	6 810	13 458	4 650
Steinburg	33 153	20 392	1 230	836	16 530	12 965	6 073	3 230	9 523	3 379
Stormarn	46 918	28 002	3 569	2 564	25 096	18 616	9 400	4 681	11 299	3 873
Schleswig-Holstein	733 243	435 883	36 509	24 530	318 713	245 022	150 574	77 169	244 424	98 493

KREISFREIE STADT Kreis	Bruttoausgaben der Sozialhilfe 1980				Empfänger ²⁾ von Sozialhilfe 1980		
	Hilfe zum Lebensunterhalt	Hilfe in besonderen Lebenslagen	insgesamt	DM je Einwohner	im Laufe des Jahres	Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten am 31. Dezember 1980	
						insgesamt	je 1 000 Einwohner
	1 000 DM						
FLENSBURG	*	*	*	*	*	*	*
FLENSBURG	15 109	11 818	26 927	306,47	6 760	4 458	51
KIEL	37 201	40 744	77 945	311,70	15 075	7 373	30
LÜBECK	44 753	50 240	94 993	430,64	13 801	6 066	28
NEUMÜNSTER	9 577	11 194	20 771	259,17	3 236	1 694	21
Dithmarschen	5 590	10 146	15 736	120,59	3 243	1 260	10
Hzgt. Lauenburg	9 522	20 387	29 909	191,81	5 840	2 213	14
Nordfriesland	9 705	16 467	26 172	161,89	5 596	1 465	9
Ostholstein	10 826	17 619	28 445	148,37	5 373	2 149	11
Pinneberg	14 413	34 126	48 539	186,45	8 406	3 096	12
Plön	5 281	12 207	17 488	150,27	3 346	1 194	10
Rendsburg-Eckernförde	12 915	25 852	38 767	157,92	6 664	2 649	11
Schleswig-Flensburg	9 567	16 893	26 460	145,59	5 741	2 160	12
Segeberg	9 814	20 575	30 390	144,45	5 845	2 458	12
Steinburg	9 800	17 887	27 687	214,48	5 221	2 398	19
Stormarn	9 094	22 564	31 658	167,12	5 648	1 918	10
Landesbehörden	37	116 398	116 434	44,59	384	-	-
Schleswig-Holstein	213 203	445 118	658 321	252,11	100 179	42 551	16

1) einschließlich ohne Angabe eines bestimmten Wirtschaftsbereiches

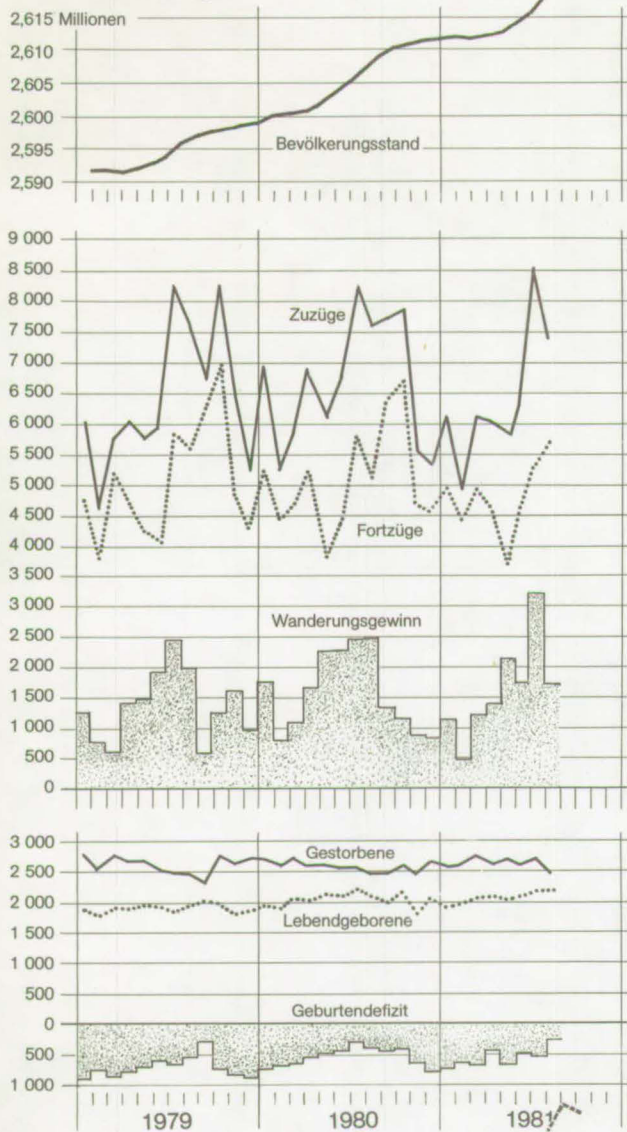
2) ohne Nichtseßhafte und ohne solche, die nur einmalige Hilfe zum Lebensunterhalt bekamen

Gedruckt im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

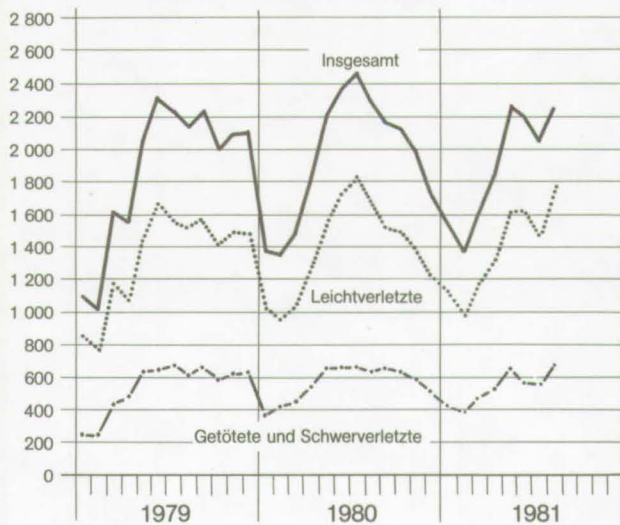
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Teil B — in den Heften der geradzahigen Monate — enthält: Beschäftigte und Umsatz im verarbeitenden Gewerbe, darunter im Maschinenbau, im Schiffbau, in der Elektrotechnik und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie; ferner tätige Personen und geleistete Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe

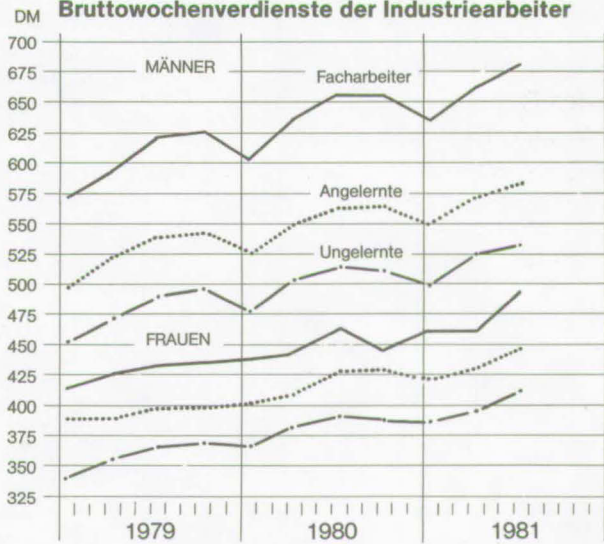
Bevölkerung



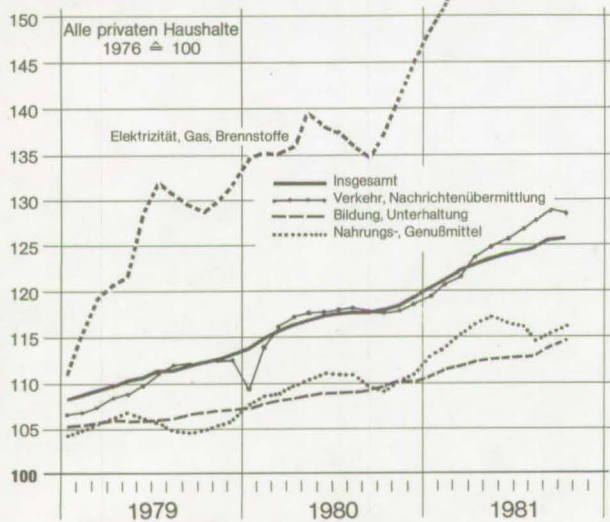
Verunglückte im Straßenverkehr



Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Steueraufkommen

